

# Betriebliche Vorsorgekassen in Österreich

**Dr. David Mum, GPA-djp**

**Vera Kalchgruber, MA, GPA-djp**

**September 2018**

## **Inhaltsverzeichnis**

Kurzfassung – die wichtigsten Ergebnisse.....	3
Die betrieblichen Vorsorgekassen .....	6
Grundlagen des betrieblichen Vorsorgekassensystems .....	6
Signifikante Überdeckung .....	9
Veranlagungserträge und Kosten gesamt .....	20
Relation Kosten zu Veranlagungserträgen.....	21
Bilanzkennzahlen der betrieblichen Vorsorgekassen .....	22
Steigender Trend bei der Eigenkapitalrendite .....	22
Deutliche Steigerung bei der Umsatzrendite .....	24
Szenario zur Entwicklung des in den BVKn verwalteten Vermögens .....	25
Vergleich Vorsorgekassen und Pensionskassen.....	27
Forderungen .....	29

## **Kurzfassung – die wichtigsten Ergebnisse**

In dieser Unterlage wird untersucht, wie sich die betrieblichen Vorsorgekassen (BVK) seit ihrer Einführung im Jahr 2003 entwickelt haben. Ausschlaggebend für die Einführung des neuen Systems war die Auslagerung der bisherigen Abfertigungsverpflichtungen der ArbeitgeberIn an eigens dafür vorgesehene Vorsorgekassen.

2003 bis 2010 gab es 9 Anbieter am Markt, 2010 kam mit der fair-finance eine 10. Vorsorgekasse dazu. 2015 wurde die ehemalige Siemens VK (Valida MVK Plus AG), die von der Valida gekauft wurde aufgelöst und das Vermögen an die Valida Plus AG übertragen. Im selben Jahr erfolgte der Verkauf der Victoria Vorsorge- und Pensionskasse an die Bonus. Die Gesellschaft wurde 2016 aufgelöst. Es bieten daher gegenwärtig 8 Kassen das Produkt Abfertigung Neu an.

Im Jahr 2017 gibt es 8 BVKn, die zur Wahl stehen: die APK Vorsorgekasse AG, die Allianz Vorsorgekasse AG, BONUS Vorsorgekasse AG, BUAK Betriebliche Vorsorgekasse GesmbH, fair-finance Vorsorgekasse AG, Niederösterreichische Vorsorgekasse AG, Valida Plus AG und die VBV – Vorsorgekasse AG.

Die Entscheidung über die Auswahl der BVK, sowie letztlich den Vertragsabschluss, ist durch eine Betriebsvereinbarung zwischen ArbeitgeberInnen und Betriebsrat vorzunehmen.

Durch das Aufkommen einer neuen Kasse ab 2010 hat die Anzahl der Wechsel zwischen Vorsorgekassen zugenommen und einige Kassen haben auf den Wettbewerb reagiert, in dem sie ihre Verwaltungskosten reduziert haben.

Lagen die Verwaltungskosten auf die laufenden Beiträge 2010 im Bereich 2,2 % bis 2,9 % so liegen diese nun meist zwischen 1,4 % und 1,9 %. Bei den Vermögensverwaltungskosten verrechnen aber noch 4 von 8 Anbietern relativ hohe 0,7 % des Vermögens (Allianz, Bonus, Valida Plus, VBV). Interessanterweise gibt es einen Anbieter, der auch mit 0,4 % Vermögensverwaltungskosten auskommt (BUAK). Das ist jene Kasse, die keinen Finanzinstitutionen gehört und damit nicht unter Renditedruck seitens der Eigentümer steht.

## **Entwicklung von Berechtigten, Beiträgen und Vermögen**

Die Vorsorgekassen verwalteten Ende 2017 insgesamt ein Vermögen von rund EUR 10,6 Mrd. Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten lag bei Ende 2017 bei 3,37 Mio. inklusive der einbezogenen Selbständigen.<sup>1</sup>

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse zeigen, dass sich die Ertragslage der BVK von 2003 bis 2017 gut entwickelt hat: Die Veranlagungserträge in den Veranlagungsgemeinschaften betragen im untersuchten Zeitraum EUR 1,74 Mrd., die Verwaltungskosten die den Veranlagungsgemeinschaften in Abzug gebracht werden summierten sich auf EUR 664,5 Mio. Das heißt, dass die von den Kassen verrechneten Kosten 38 % der erzielten Erträge ausgemacht haben.

## **Hohe Gewinne**

Gewirtschaftet wird sehr profitabel: Alle Kassen hatten 2017 positive Jahresüberschüsse. 2017 belaufen sich die Gewinne auf etwa EUR 37,4 Mio. Die durchschnittliche Eigenkapitalrendite aller Vorsorgekassen liegt 2017 bei 23 % und liegt damit seit 2010 auf diesem hohen Niveau.

---

<sup>1</sup><https://www.wko.at/site/betrieblichevorsorgekassen/statistiken-und-downloads.html> (17.7.2018)

Der Markt ist relativ hoch konzentriert: Die Top 3 Vorsorgekassen - VBV Vorsorgekasse AG, Valida Plus AG und die Allianz Vorsorgekasse AG - verwalten über 71 % des Vermögens.

Die Ausschüttungsquote, die die Dividenden an die Eigentümer angibt lag 2017 bei 38 %.

### **Performance**

Der Veranlagungserfolg (Rendite) laut österreichischer Kontrollbank betrug im Jahr 2016 im Durchschnitt 2,15 % (Vorjahreswert: 2,25 %). Im Durchschnitt (annualisiert) betrug die Performance 2004 bis 2017 2,64%.

Die Inflationsrate lag in diesem Zeitraum bei durchschnittlich 1,93 %. Die Performance gibt aber nicht die volle Verzinsung der Beiträge wider, weil von den Beiträgen Verwaltungskosten abgezogen werden, bevor diese veranlagt werden. Die Beitragsrendite liegt daher in vielen Fällen unter der Inflationsrate.

### **Forderungen**

Die Reform der Abfertigung hat zwei wichtige sozialpolitische Zielsetzungen erfüllt: Nahezu alle ArbeitnehmerInnen wurden in das System einbezogen und die Mobilität der ArbeitnehmerInnen wurde erhöht. Wie die vorliegenden Studienergebnisse zeigen, sollte die Durchführung mittels gewinnorientierter Vorsorgekassen reformiert werden: Arbeiterkammern und Österreichischer Gewerkschaftsbund fordern eine Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen, um eine kostengünstigere Administration der „Abfertigung neu“ zu ermöglichen.

Derzeit sind die Kassen in einer Situation, in der ihre Einnahmen stärker steigen als ihre Ausgaben, was sich in einer hohen Eigenkapitalrendite ausdrückt. Obwohl es zu einer Senkung der Prozentsätze der Verwaltungskosten auf laufende Beiträge kam, bedarf es einer Senkung der gesetzlichen Begrenzung der zulässigen Verwaltungskosten, damit die hohe Belastung der Erträge durch Gebühren der Kassen gedämpft wird.

Des Weiteren sollte die Kontenzersplitterung abgeschafft werden, weil diese das System unübersichtlich und aufwändig macht. ArbeitnehmerInnen, die öfter den Dienstgeber wechseln, haben ihre Abfertigungsanwartschaften bei mehreren Kassen liegen. Hier sollten die Anwartschaften immer bei der aktuellen Kasse zusammengeführt werden.

### **Untersuchungsgegenstand**

Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der BVK in Österreich. Als Quellenmaterial wurden Jahresabschlüsse der einzelnen Kassen, sowie Daten des GPA-djp-Vorsorgekassenvergleichs herangezogen, der sich auf veröffentlichte Daten und Eigenangaben der Kassen stützt.

Die betriebswirtschaftliche Untersuchung analysiert die österreichischen Vorsorgekassen anhand einer Bilanzbranchenanalyse. Dafür wurden Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse von den BVK (2003-2017) herangezogen.

Der Schwerpunkt liegt auf der Analyse der Ertragslage, der Kostensituation und der Veranlagungserträge sowie der gesetzlich verpflichtenden Kapitalgarantierücklage der BVK. Im Rahmen der Analyse wird auch auf die Ausschüttungspolitik sowie auf die Entwicklung einiger ausgewählter Bilanzkennzahlen (Eigenkapital- und Umsatzrendite) eingegangen.

Es wurden alle österreichischen Vorsorgekassen in die Untersuchung einbezogen, hierzu zählen: die APK Vorsorgekasse AG, die Allianz Vorsorgekasse AG, BONUS Vorsorgekasse AG, BUAK Betriebliche Vorsorgekasse GesmbH, fair-finance Vorsorgekasse AG, Niederösterreichische Vorsorgekasse AG, Valida Plus AG und noch die VBV Vorsorgekasse AG.

**Hinweis:** Der Inhalt dieser Branchenanalyse wurde mit größter Sorgfalt erstellt und basiert auf den veröffentlichten Geschäftsberichten. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Gewähr übernommen.

## **Die betrieblichen Vorsorgekassen**

### **Grundlagen des betrieblichen Vorsorgekassensystems**

Seit 2003 gibt es die Abfertigung neu die über BVK (Betriebliche Vorsorgekasse). Diese betrifft alle Dienstverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 2002 abgeschlossen wurden. Der/Die ArbeitgeberIn bezahlt 1,53 % des monatlichen Entgelts (inkl. Sonderzahlungen, Prämien, etc.) der ArbeitnehmerInnen an den zuständigen Krankenversicherungsträger. Dieser leitet die Beiträge an die gewählte BVK weiter. Beiträge sind auch für Zeiten des Präsenz- und Zivildienstes sowie bei Bezug von Wochen- und Krankengeld bei aufrechtem Dienstverhältnis zu leisten. Während des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld, für die Dauer der Familienhospizkarenz und der Bildungskarenz werden Beiträge vom Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) an die BVK gezahlt.

In das System der BVK wurden mit 1. Jänner 2008 neben den unselbstständig Beschäftigten auch die Selbstständigen bzw. die Land- und ForstwirtInnen einbezogen, wodurch sich der Kreis der Anwartschaftsberechtigten deutlich erhöht hat.

Die Auswahl der BVK wird von der ArbeitgeberIn und der ArbeitnehmerIn bzw. den BetriebsrätInnen gemeinsam getroffen. Die Anwartschaftsberechtigten erhalten jährlich eine schriftliche Information über den erworbenen Abfertigungsanspruch sowie über die Art der Veranlagung. Bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses können Anwartschaftsberechtigte unter bestimmten Voraussetzungen ihr Guthaben auszahlen, bei der bisherigen BVK weiter veranlagern, an die BVK der neuen ArbeitgeberIn übertragen oder an eine Pensionszusatzversicherung überweisen lassen.

### **Vermögensstruktur**

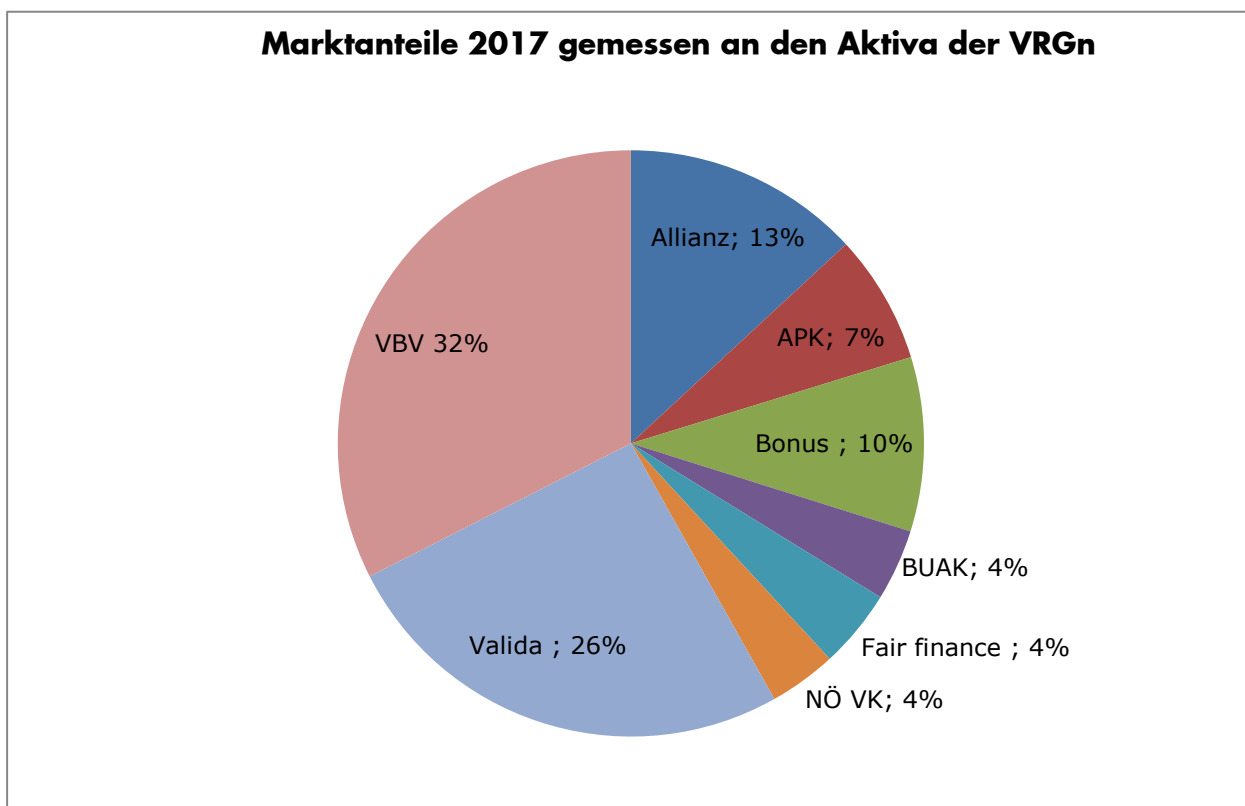
Die BVK verwalten 2017 Abfertigungsanwartschaften, also ein Vermögen von rund EUR 10,6 Mrd. Erfolgt eine Betrachtung der Marktanteile nach den verwalteten Abfertigungskapitalien, so weist die VBV Vorsorgekasse AG mit knapp einem Drittel (32 %) auf, gefolgt von der Valida Plus AG mit 26 % und der Allianz Vorsorgekasse AG mit 13 %.

### **Veranlagungsstrategie**

Die BVK hat die BVK-Geschäfte im Interesse der Anwartschaftsberechtigten zu führen und bei der Veranlagung insbesondere auf die Sicherheit und Rentabilität ein Augenmerk zu richten. Für die Veranlagung der Beiträge hat die BV-Kasse laut § 32 Abs 1 BMSVG eine Depotbank zu beauftragen. Die Depotbank hat die Verwahrung der Wertpapiere und die Führung der Konten zu übernehmen.

Bei der Veranlagung hat die Depotbank die Veranlagungsbestimmungen des § 30 BMSVG zu beachten. Beispielsweise wurde der mögliche Aktienanteil gesetzlich auf 40 % beschränkt. Der real veranlagte Aktienanteil ist aber wesentlich geringer und liegt zwischen 5 % und 15 %.

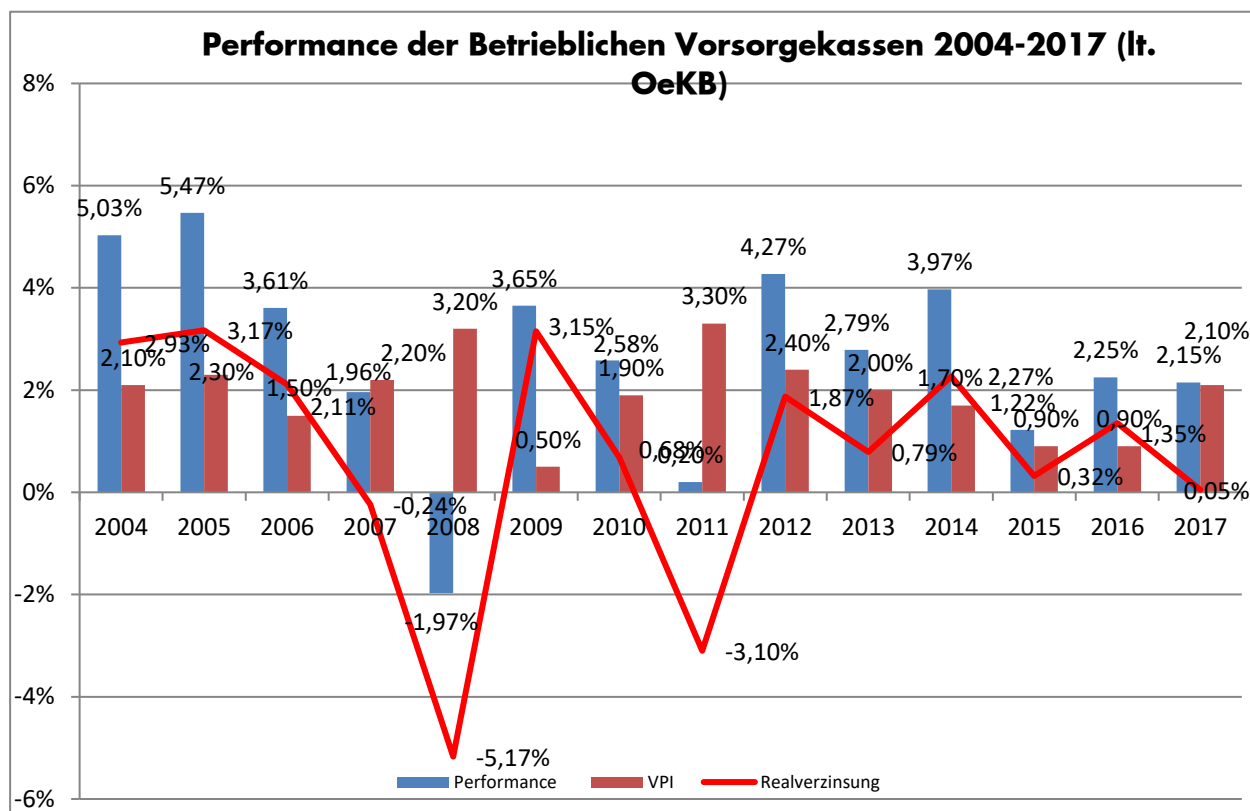
**Abbildung 1 - Marktanteil 2017 in % des verwalteten Vermögens**



**Performance**

Der Veranlagungserfolg (Rendite) im Jahr 2017 betrug im Durchschnitt 2,15 % (2016: 2,25 %). Die Berechnung erfolgte nach der Methode der österreichischen Kontrollbank. Im Durchschnitt (annualisiert) betrug die Performance 2004 bis 2017 2,64 %. Die inflationsbereinigte Realverzinsung lag 2004 bis 2017 durchschnittlich (annualisiert) bei 0,05 %.

**Abbildung 2 - Performance, Inflation und inflationsbereinigte Performance**



**Ertragslage – Einnahmen steigen stärker als Aufwendungen**

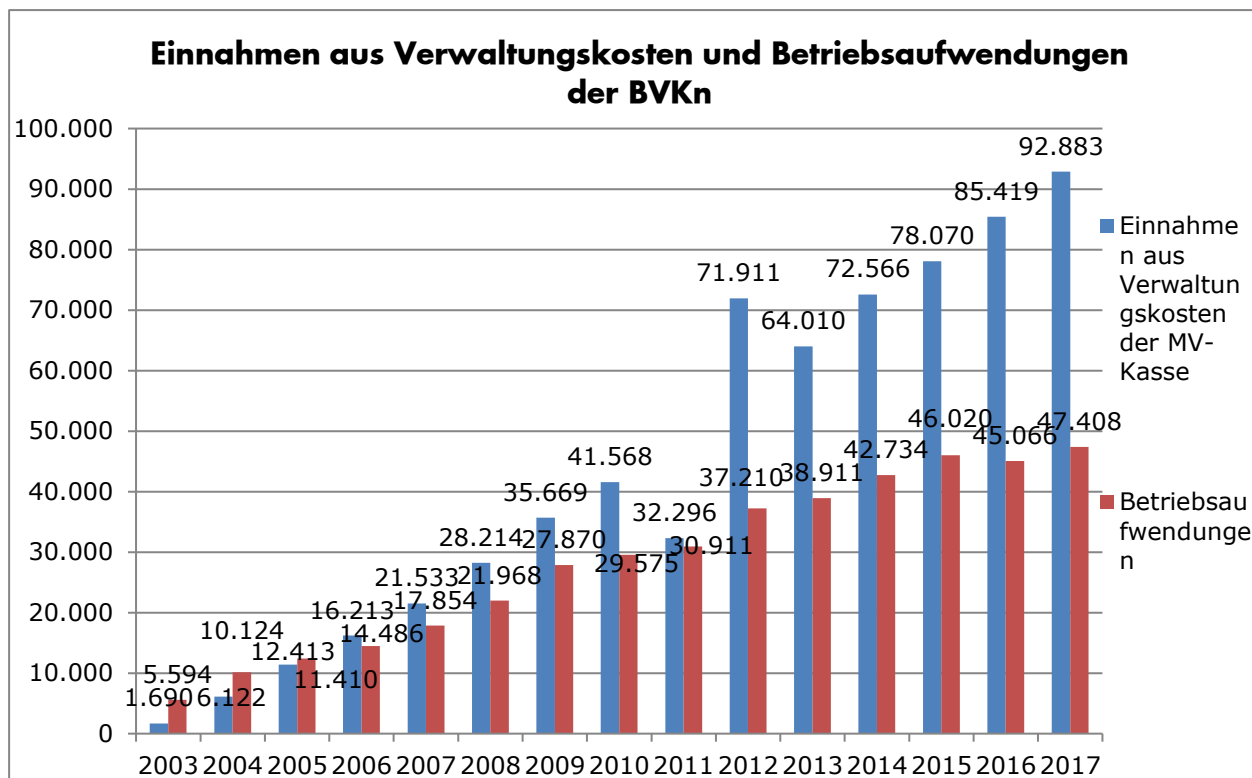
Die Einnahmen der BVK bestehen aus den Verwaltungskosten, welche durch das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG) wie folgt geregelt sind:

Gemäß § 26 BMSVG sind die BV-Kassen dazu berechtigt, von den „hereingenommenen Abfertigungsbeiträgen Verwaltungskosten abzuziehen“. Hierfür ist eine gesetzliche Bandbreite zwischen 1,0 % und 3,5 % der Abfertigungsbeiträge festgesetzt. Zusätzlich sind sie berechtigt eine Vergütung für die Vermögensverwaltung von den Veranlagungserträgen einzubehalten, welche maximal 0,8 % des veranlagten Abfertigungsvermögens beträgt. Hinzu kommen Barauslagen, wie Depotgebühren und Bankspesen, welche betragsmäßig im Gesetz nicht begrenzt sind. Den Krankenversicherungsträgern, die Beiträge einfordern, stehen 0,3 % dieser Beiträge zu. Diese Vergütung wird direkt bei den BVK eingehoben, jedoch können die BVK dies als Barauslage weiter verrechnen. Die eingenommenen Verwaltungskosten dienen zur Abdeckung der Betriebsaufwendungen der BVK. Zu diesen zählen der Personalaufwand, die Abschreibungen und die Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen.

Ein Vergleich der Einnahmen aus Verwaltungskosten und der Betriebsaufwendungen für den Zeitraum 2003 - 2017 soll darstellen, ob die Einnahmen eine völlige Abdeckung der Betriebsaufwendungen der BVK ermöglichen oder nicht.



**Abbildung 3 - Einnahmen verglichen mit Aufwendungen in TEUR**



In den allerersten Jahren der Einführung des Abfertigung-Neu-System (2003 - 2005) konnten die Betriebsaufwendungen noch nicht durch die Einnahmen gedeckt werden. Schon seit 2006 verfügen die BVKn über höhere Einnahmen aus Verwaltungskosten als sie für Betriebsaufwendungen ausgeben. Mittlerweile sind die Einnahmen dreimal so hoch wie die Betriebsaufwendungen.

Anmerkung zu den Zahlen aus 2011 und 2012: Die Kassen dürfen in Jahren mit positiven Erträgen die vollen Vermögensverwaltungskosten verrechnen. Da viele Kassen 2011 ein negatives Veranlagungsergebnis aufwiesen, konnten sie ihre Kosten erst 2012 nachverrechnen.

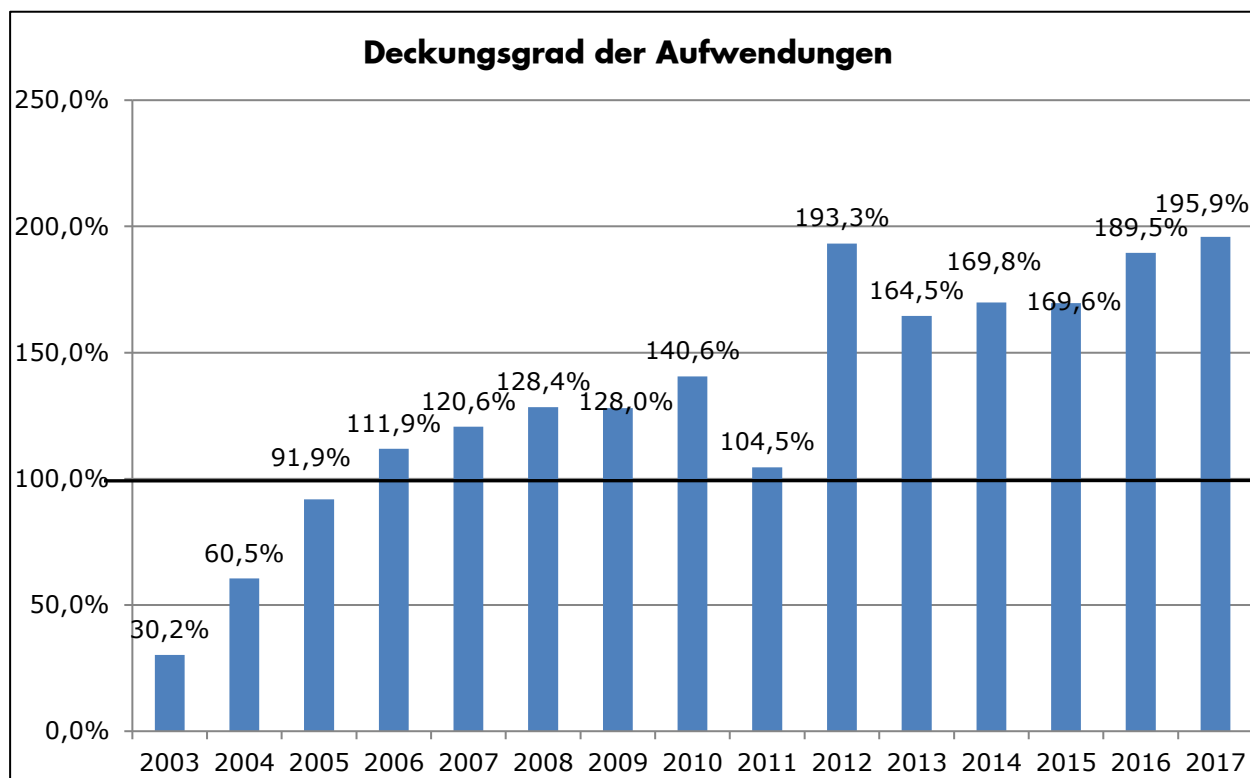
### Signifikante Überdeckung

Dasselbe Bild ergibt der Deckungsgrad der Aufwendungen. Dieser stellt die Einnahmen zu den Aufwendungen in Relation und zeigt die signifikante Überdeckung der Betriebsaufwendungen.

Während im Jahr der Systemeinführung die Betriebsaufwendungen nur zu 30,2 % gedeckt waren, erreichten sie 2006 mit 111,9% erstmals eine völlige Abdeckung bzw. leichte Überdeckung. Ab 2006 lässt sich ein stetiger Aufwärtstrend feststellen. 2017 lag der Deckungsgrad bei 195,9 %!

2011 und 2012 sind wieder gesondert zu betrachten. 2011 lag der Deckungsgrad bei nur 104 %, weil die Veranlagungserträge so gering waren, dass die Vermögensverwaltungskosten nicht voll verrechnet werden konnten. Diese wurden 2012 nachverrechnet, was dazu geführt hat, dass die Einnahmen der Kassen um 93 % höher gewesen sind als ihre Betriebsaufwendungen.

**Abbildung 4 - Deckungsgrad der Aufwendungen**

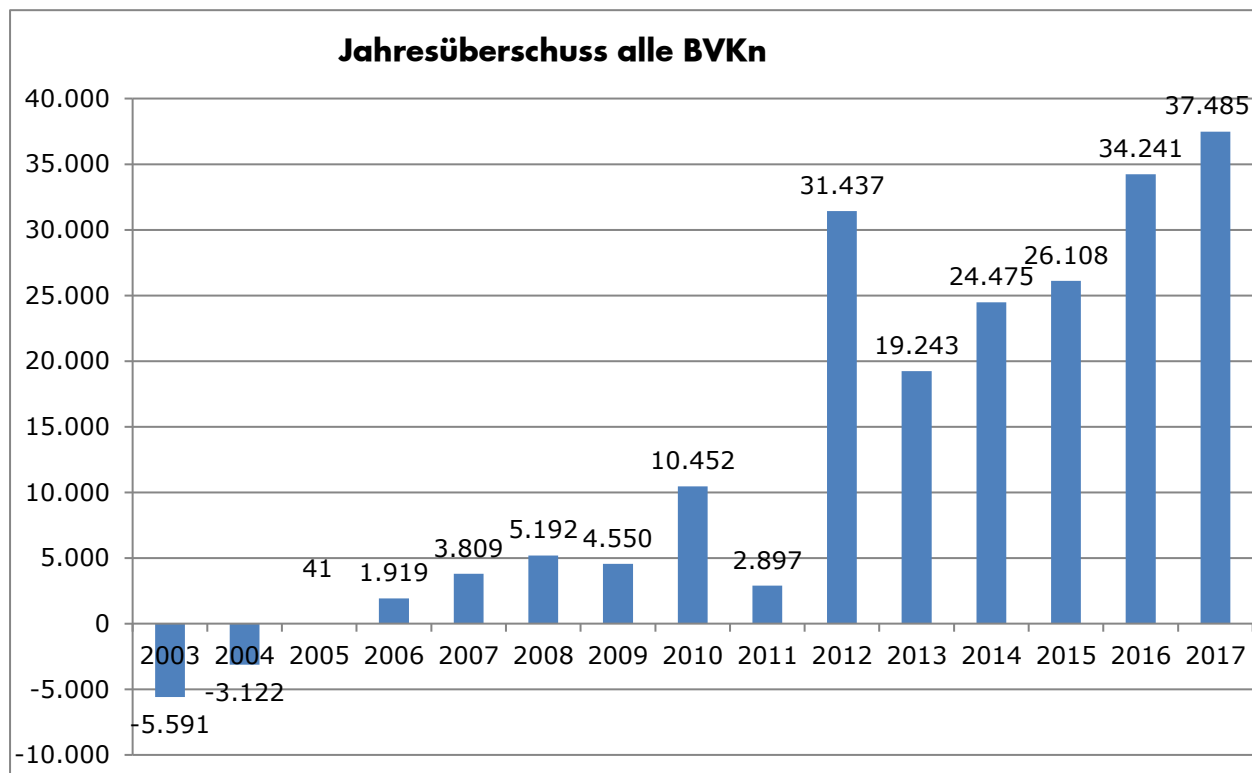


Die bisherige Entwicklung lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Überdeckung hoch bleiben wird: das veranlagte Vermögen steigt stärker als die Fixkosten, wodurch es zu einer sogenannten Fixkostendegression kommt. Das heißt, dass die Einnahmen und die variablen Kosten steigen, die Fixkosten stabil bleiben und sich daraus Kostenvorteile ergeben.

### Stark steigender Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss stellt den Erfolg bzw. Gewinn einer Wirtschaftsperiode nach Versteuerung dar. Er erhöht das Eigenkapital in dieser Periode. Ein Jahresfehlbetrag vermindert das Eigenkapital.

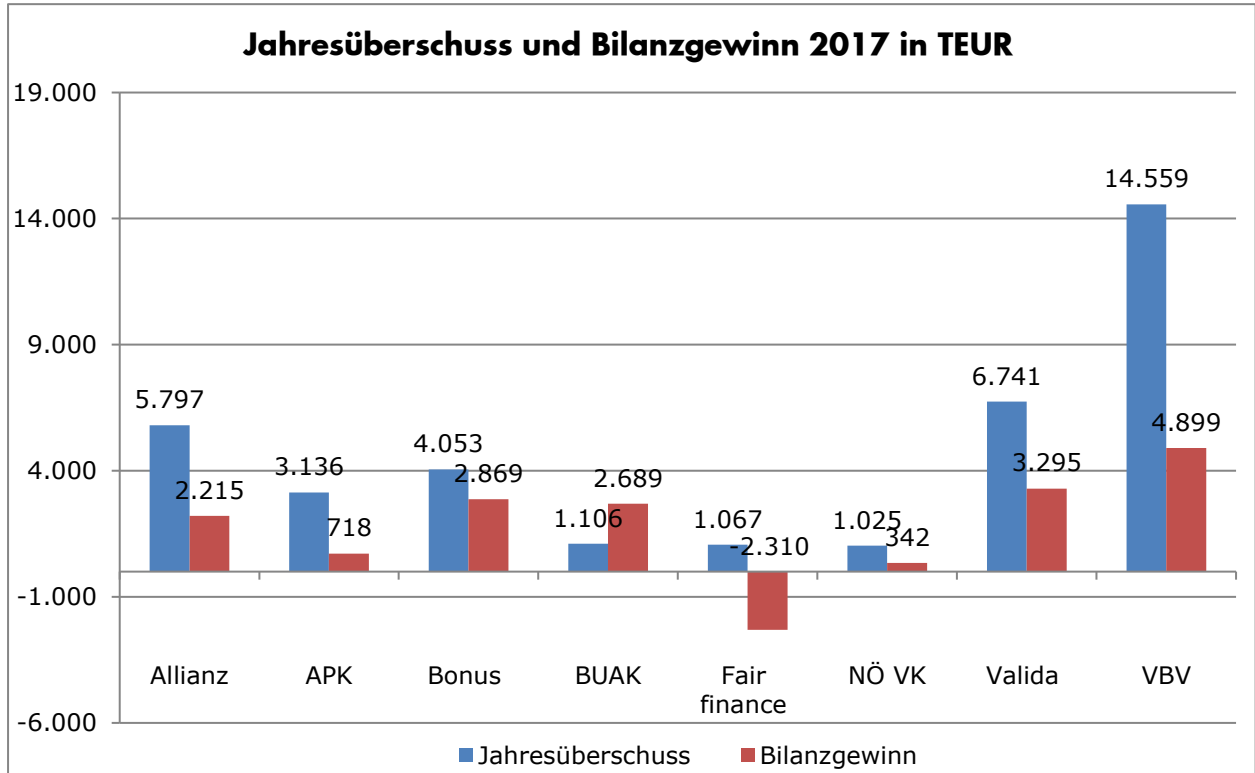
**Abbildung 5 - Jahresüberschuss BVK gesamt, in TEUR**



Ab 2005 verzeichnen die Vorsorgekassen insgesamt Jahresüberschüsse, die einen steigenden Trend vorweisen. Diese Entwicklung geht einher mit den immer höheren Deckungsgraden der Aufwendungen sowie den stärker steigenden Verwaltungskosten als Betriebsaufwendungen. 2017 betragen die Gewinne der Branche über EUR 37 Mio. Der Trend zu steigenden Jahresüberschüssen ist also ungebrochen.

Die Jahresüberschüsse der einzelnen BVK für das Jahr 2017 stellen eine durchwegs positive Ertragsituation dar. Bestes Ergebnis weist die VBV Vorsorge AG mit über EUR 14,5 Mio. auf, die auch über den größten Marktanteil in Prozent des verwalteten Vermögens verfügt. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die Valida mit EUR 6,7 Mio. und die Allianz Vorsorgekasse AG mit EUR 5,7 Mio. Jahresüberschuss.

**Abbildung 6 - Vergleich Jahresüberschuss und Bilanzgewinn 2017, in TEUR**



Nicht nur die Jahresüberschüsse der BVK sind deutlich gestiegen, auch der Bilanzgewinn über die gesamte Branche gerechnet ist seit 2012 positiv und lag 2017 bei EUR 14,7 Mio.

Der Unterschied zwischen den Bilanzgewinnen und den Jahresüberschüssen lässt sich durch Rücklagenbewegungen bzw. Gewinn- und Verlustvorträge erklären. Während die Jahresüberschüsse seit 2005 positiv sind, waren es die Bilanzgewinne erst seit 2012, weil noch die Verlustvorträge abgebaut werden mussten.

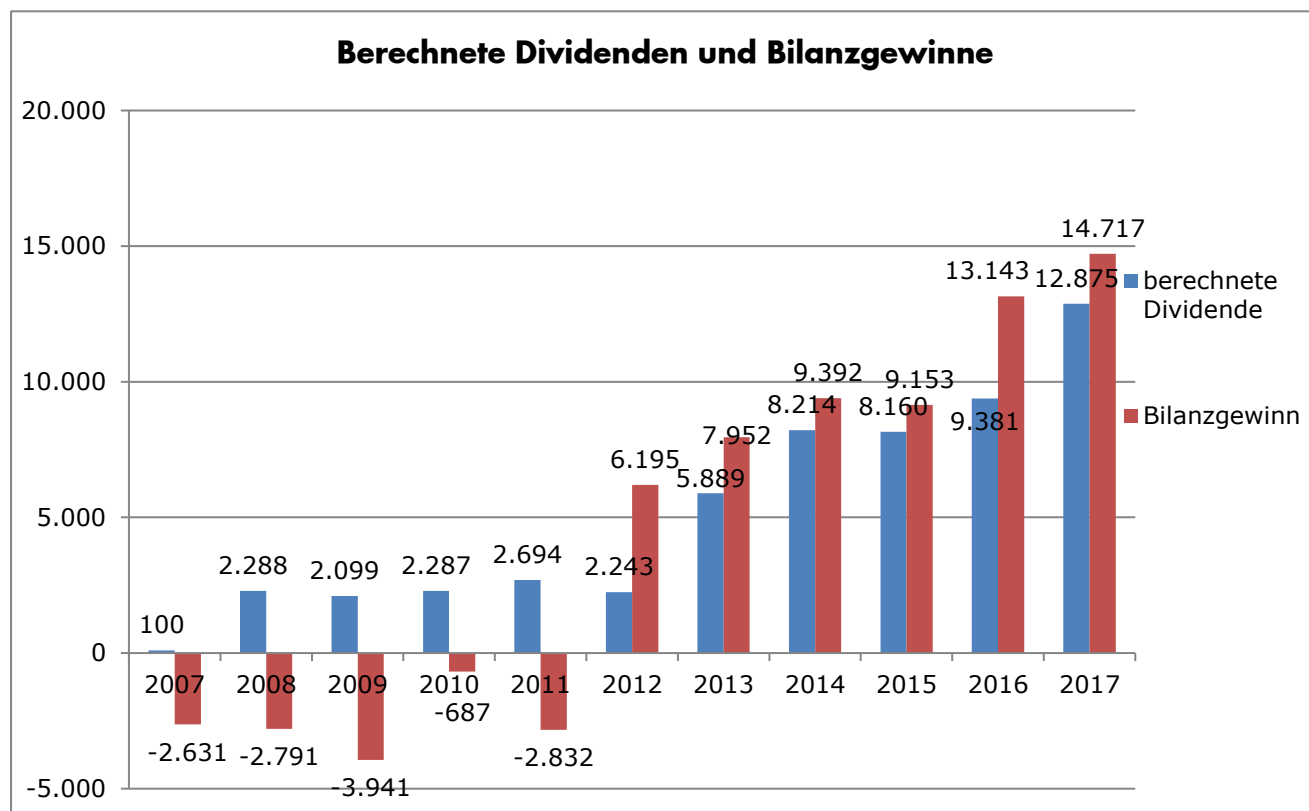
## Ausschüttungen

Der erwirtschaftete Jahresüberschuss kann entweder im Unternehmen einbehalten werden, um Rücklagen zu bilden oder in Form von Dividenden an die AktieninhaberInnen ausgeschüttet werden. 2017 lagen die bezahlten Dividenden bei über EUR 12,8 Mio. Diese sind auf Ausschüttungen bei allen Vorsorgekassen, außer bei fair finance, zurückzuführen.

Die Dividende wird errechnet, in dem man vom Bilanzgewinn des Vorjahres den aktuellen Gewinnvortrag abzieht. Die Dividende ist daher die Dividende des Vorjahres.

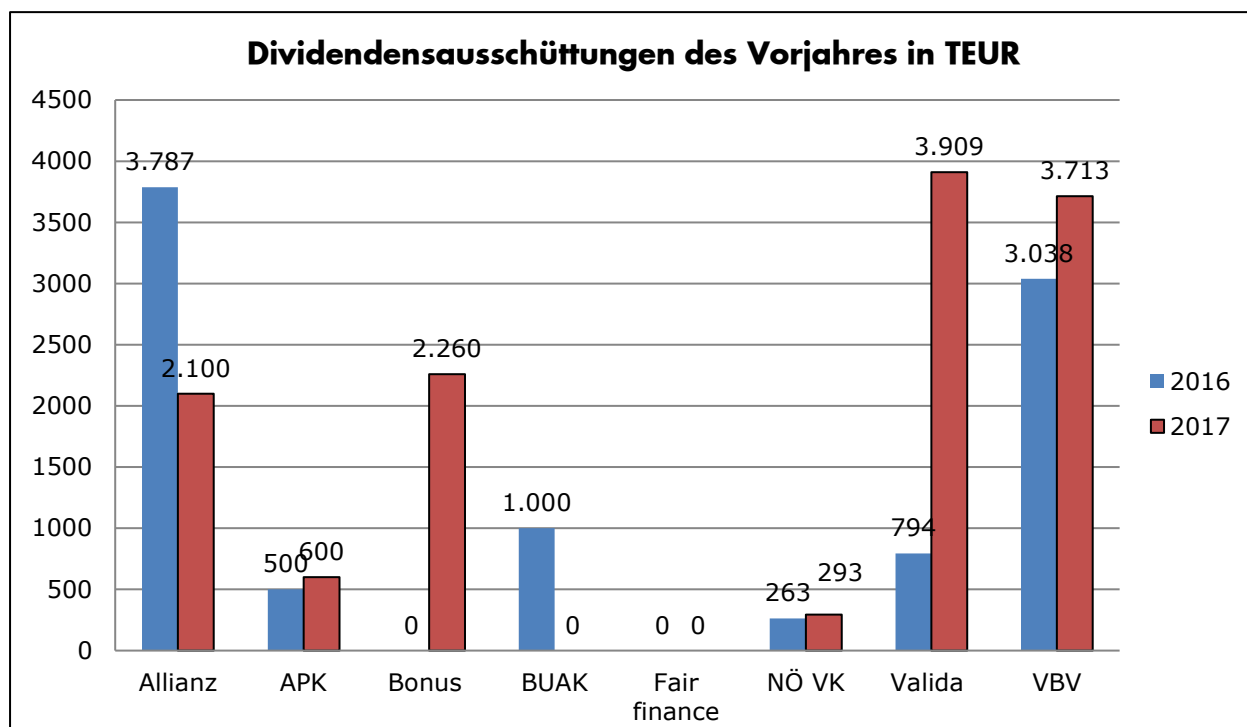
Wenn man die Dividende mit dem Jahresüberschuss des Vorjahres vergleicht, ergibt sich die Ausschüttungsquote. Diese lag 2017 bei 38 %.

**Abbildung 7 - Dividenden 2007-2017, in TEUR**



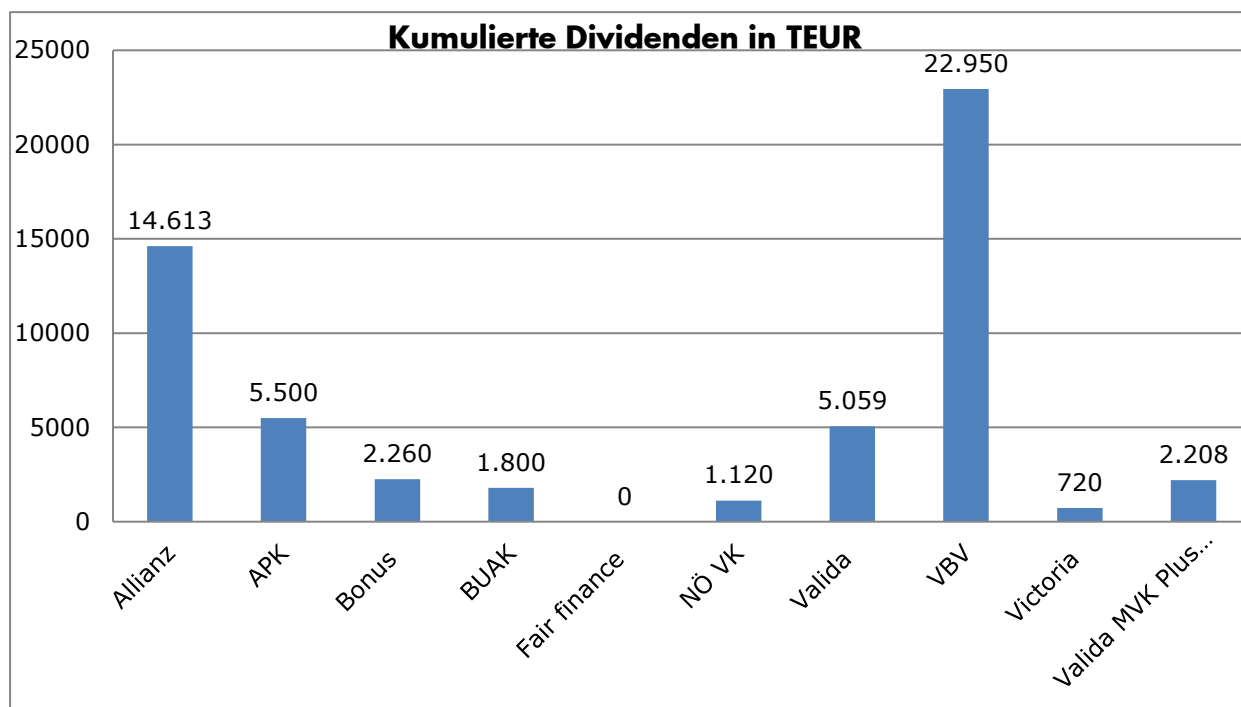
Die höchsten Dividendenzahlungen entfielen bislang auf die Allianz und VBV.

**Abbildung 8 – Dividendenausschüttungen des Vorjahres 2017, in TEUR**



Die VBV hat kumuliert mit EUR 22,9 Mio. bislang am meisten Dividenden an die Eigentümer ausgezahlt, gefolgt von der Allianz mit EUR 14,6 Mio. und der APK mit EUR 5,5 Mio. Insgesamt wurden bislang knapp EUR 56,2 Mio. in der Gesamtbranche an die Eigentümer ausgeschüttet.

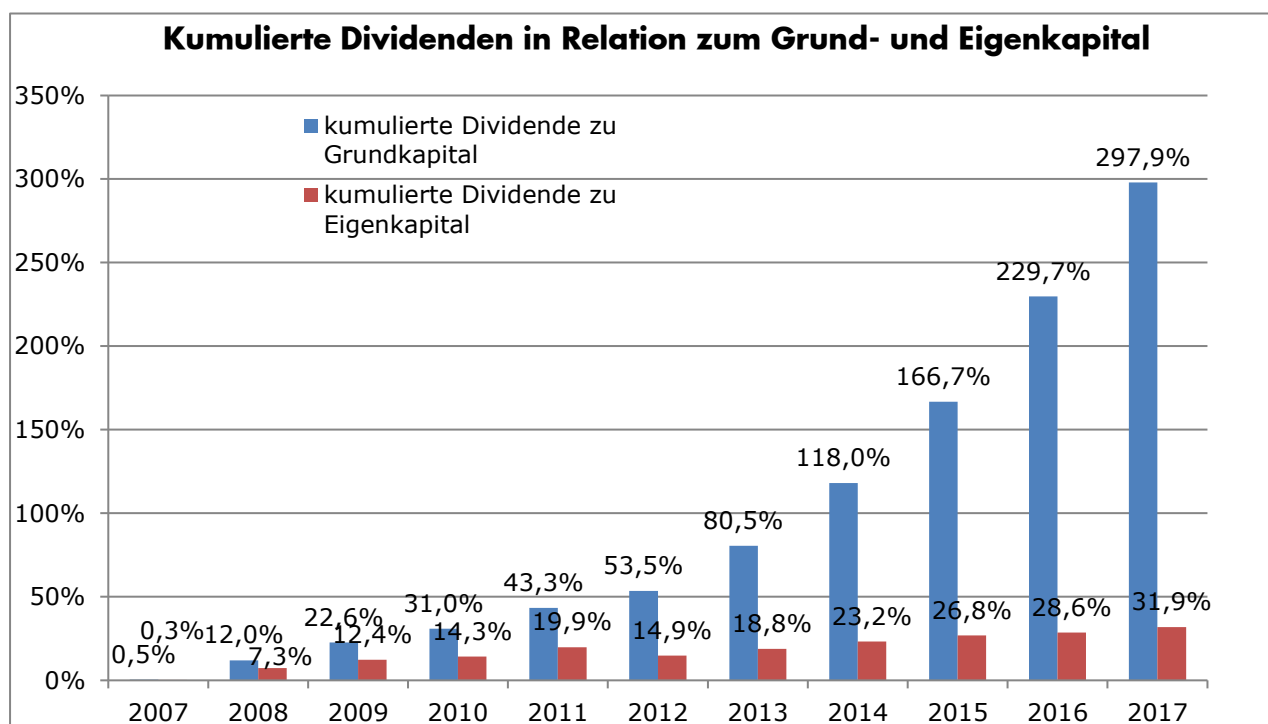
**Abbildung 9 – Dividendenausschüttungen kumuliert in TEUR**



Die kumulierten Dividenden erreichten in der gesamten Branche bereits rund 298 % des Grundkapitals, das die Eigentümer bei Gründung der Gesellschaften zur Verfügung gestellt haben.

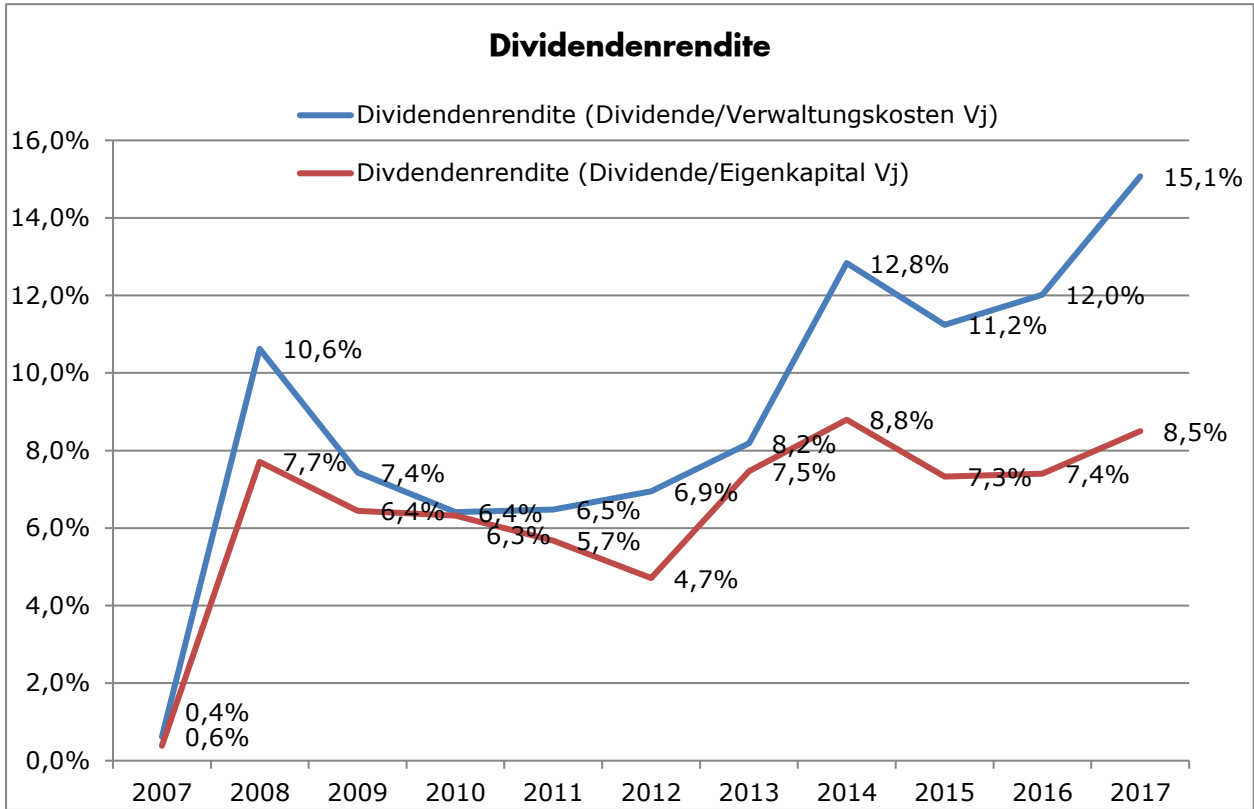
Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die Dividendenpolitik zwischen den Gesellschaften stark unterscheidet. Keine Dividenden fielen bislang bei der fair-finance an.

**Abbildung 10 - Dividenden in Relation zum Grund- und Eigenkapital**



**Abbildung 11 – Dividendenrendite**

Die Dividendenrendite, die Relation ausgeschütteter Dividenden zum Eigenkapital des Vorjahres lag in den letzten Jahren bei über 7 % und 2017 bei 8,5 %.



Die Dividendenrendite 2017 lag bei der Allianz bei 9,6 %, bei der APK bei 5,1 %, bei der BUAK 0,0 %, bei der NÖ VK bei 5,4 %, bei der Valida bei 18 % und bei der VBV bei 5,9%. Die Bonus schüttete erstmals eine Dividende aus, die Dividendenrendite betrug 16%.



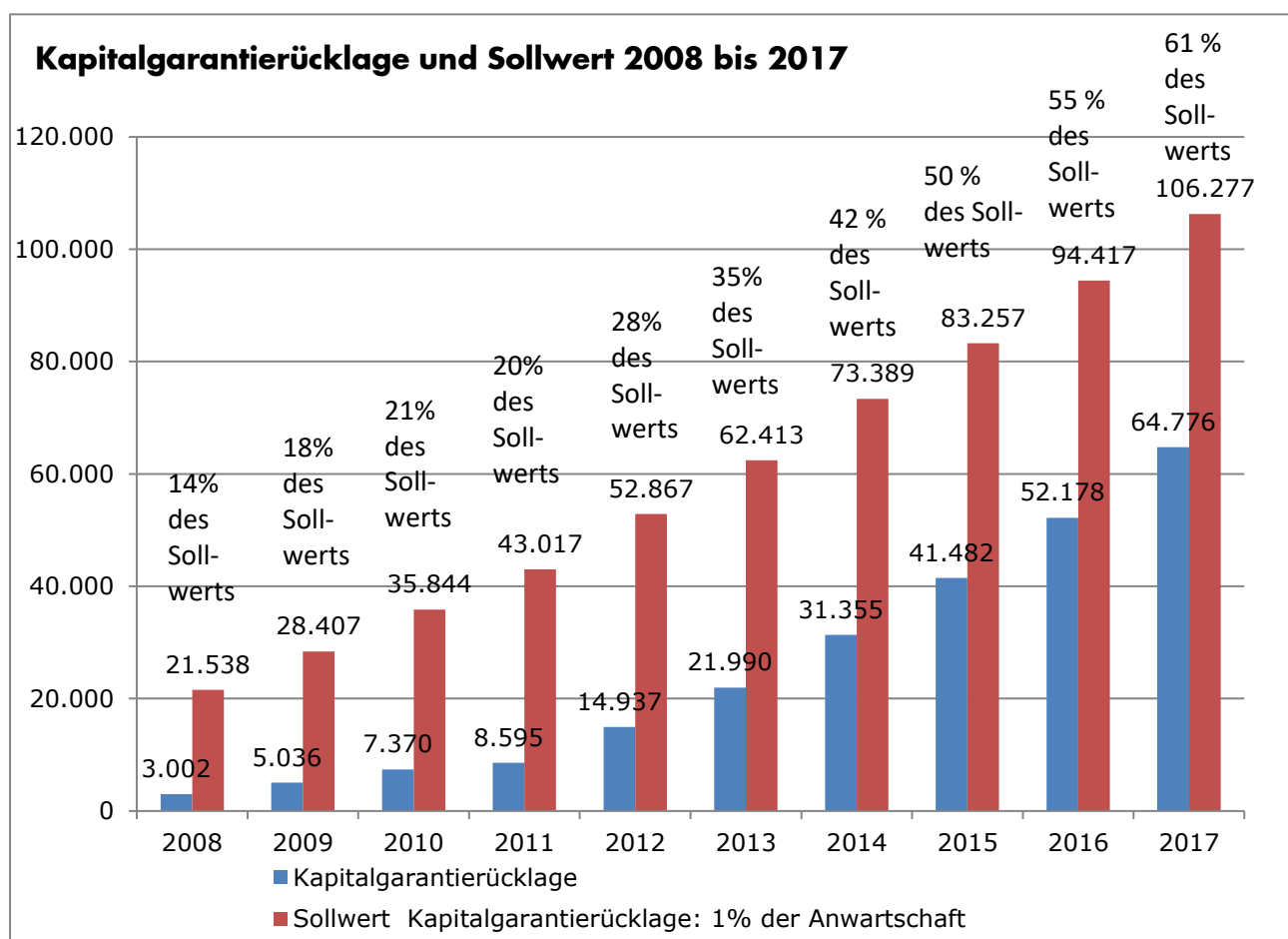
### Kapitalgarantierücklage

Die BVKn sind nach § 20 Abs 2 BMSVG dazu verpflichtet, eine Rücklage zur Erfüllung der Kapitalgarantie zu bilden. Um die Rücklage aufzubauen waren bis 2012 mindestens 5 % der Verwaltungskosten aus laufenden Beiträgen und Übertragungsbeiträgen der Rücklage zuzuführen, bis diese 1 % der Gesamtsumme der Abfertigungsanwartschaften erreicht hat.

Da sich der Sollwert der Rücklage am Gesamtvermögen bemisst war die Knüpfung der Dotation an den Verwaltungskosten auf die Einzahlungen nicht sinnvoll. Ab 2013 ist die Rücklage jährlich mit 0,1 % der gesamten Abfertigungsanwartschaften zu dotieren, bis diese 1 % der Abfertigungsanwartschaften beträgt.

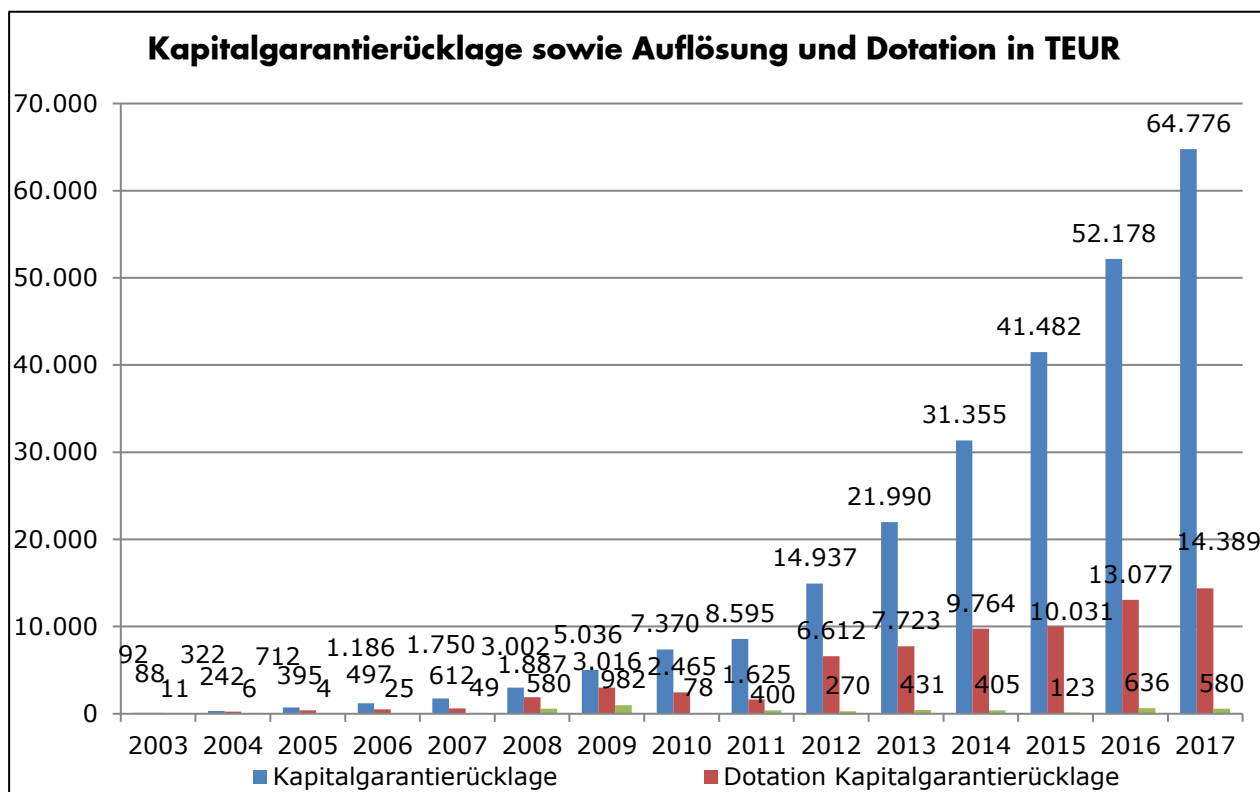
Derzeit beträgt die Kapitalgarantierücklage 61 % des Sollwerts. Dabei gibt es zwischen den Kassen hohe Unterschiede. Am besten liegt diesbezüglich die VBV, bei der die Rücklage 95 % des Sollwerts erreicht, gefolgt von der APK mit 73 %.

**Abbildung 12 - Kapitalgarantierücklage und Sollwert 2008-2017, in TEUR**

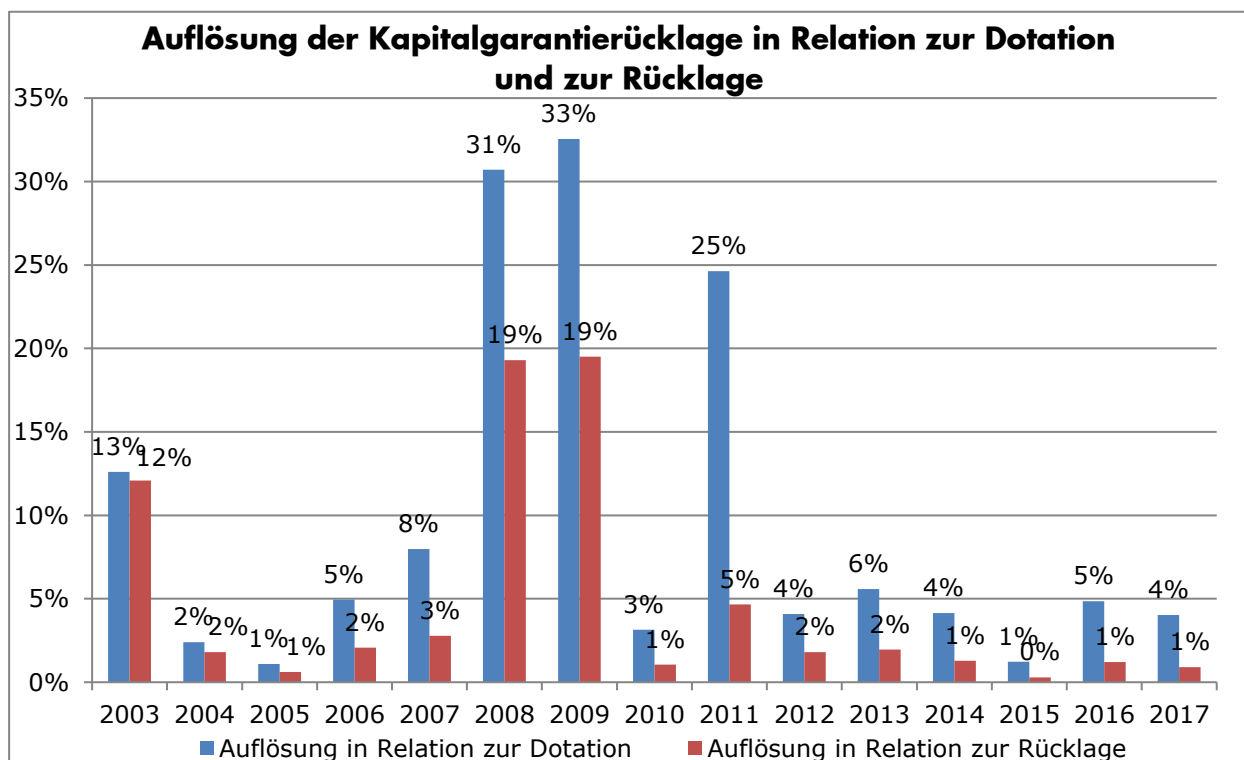


Die Kapitalgarantierücklage ist kontinuierlich gestiegen. Anhand Abbildung 13 ist erkennbar, dass die Auflösung der Kapitalgarantierücklage immer deutlich geringer ausgefallen ist, als die Dotation, was eine kontinuierlich wachsende Kapitalgarantierücklage zur Folge hat.

**Abbildung 13 - Kapitalgarantierücklage sowie Auflösung und Dotation, in TEUR**

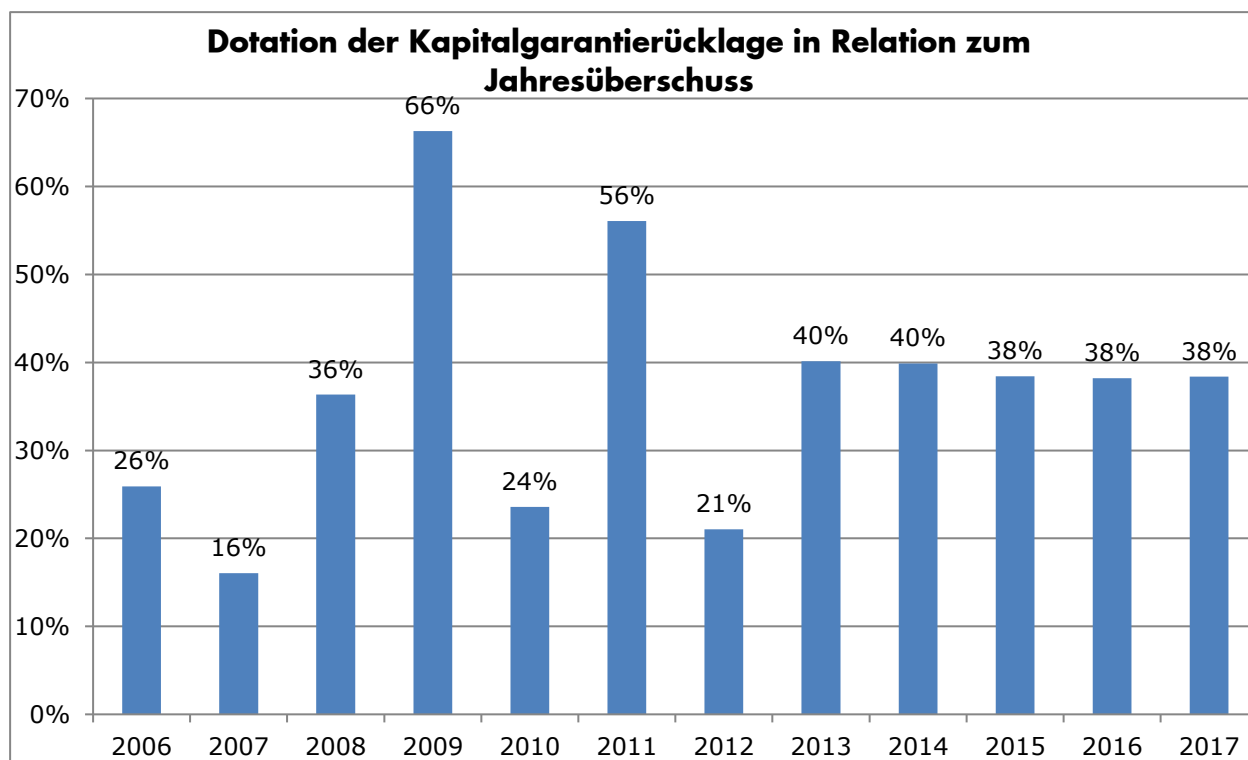


**Abbildung 14 - Auflösung der Kapitalgarantierücklage in Relation zur Dotation und zur Rücklage**



Wird das Verhältnis der Dotation zum Jahresüberschuss analysiert, ergibt sich folgendes Bild (Abbildung 15). 2013 bis 2017 wurden 38 % des Jahresüberschusses zur Dotation der Kapitalgarantierrücklage verwendet.

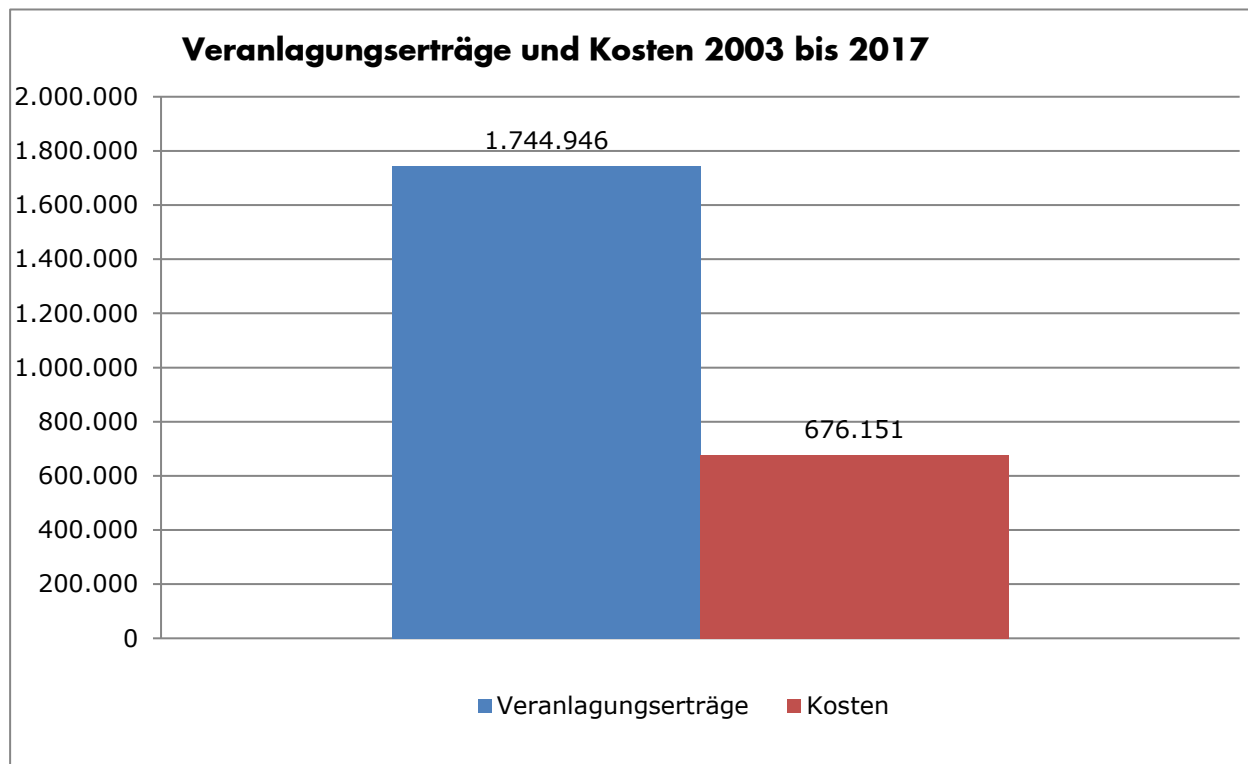
**Abbildung 15 - Dotation der Kapitalgarantierrücklage in Relation zum Jahresüberschuss**



### Veranlagungserträge und Kosten gesamt

Die Veranlagungserträge in den BVKn betragen 2003 - 2017 EUR 1,745 Mrd., die Verwaltungskosten (sowohl laufende als auch Vermögensverwaltungskosten) belaufen sich im selben Zeitraum auf EUR 676,1 Mio. Das bedeutet, dass die Kosten 38,8 % der Veranlagungserträge entsprachen.

Abbildung 16 - Kosten und Veranlagungserträge 2003-2017, in TEUR

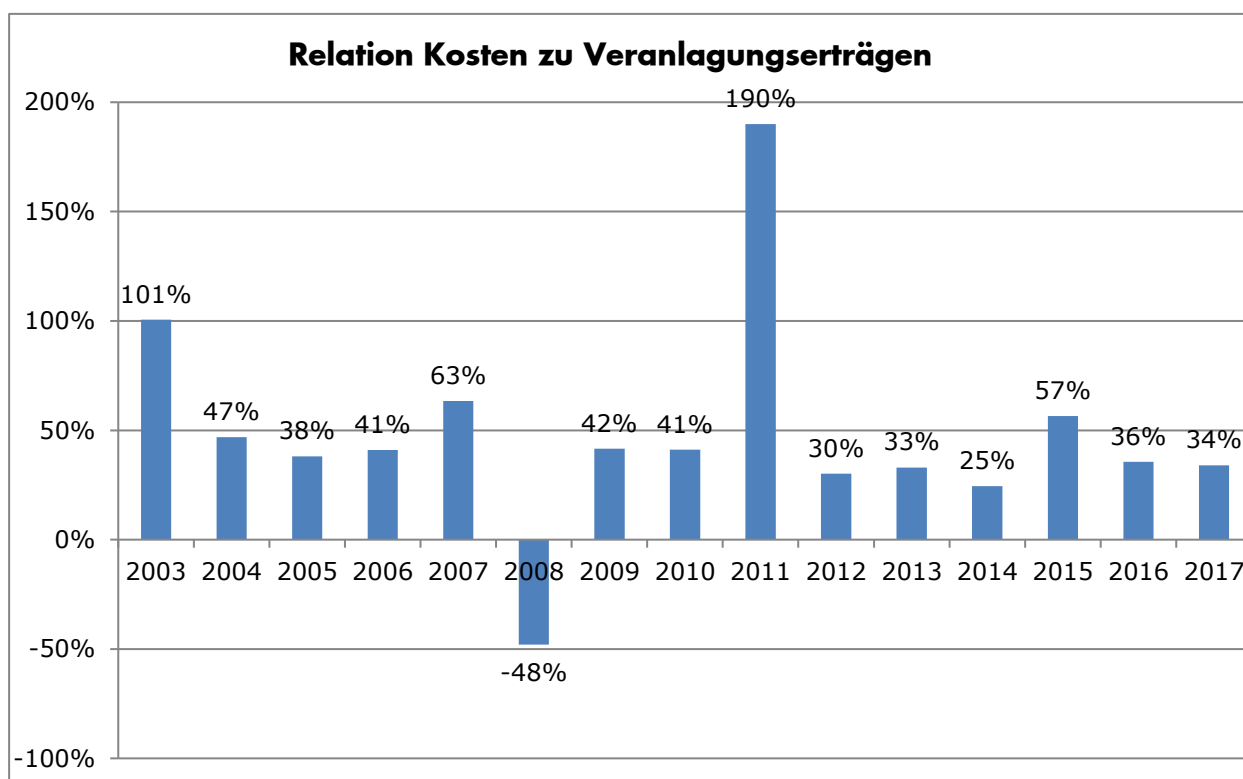


**Relation Kosten zu Veranlagungserträgen**

Die Relation von (Brutto-)Veranlagungserträgen in den Veranlagungsgemeinschaften zu den Kosten hängt im Wesentlichen vom Veranlagungsergebnis ab, da die Kosten fixiert sind, und liegt in den letzten Jahren bei über 30 %. Es macht nur Sinn, diese Relation im Durchschnitt einiger Jahre zu betrachten, da sie wegen der schwankenden Veranlagungserträge auch starken Änderungen unterworfen ist. Im Jahr 2015 waren die Veranlagungserträge gering, daher stieg die Kosten/Veranlagungsertragsrelation auf 57 %. 2017 sank die Relation bei besseren Veranlagungserträgen auf 34 %.

2008 waren die Erträge bedingt durch die Finanzmarktkrise negativ und 2011 lagen sie bei nur 0,2%.

**Abbildung 17 - Relation Kosten zu Veranlagungserträgen**

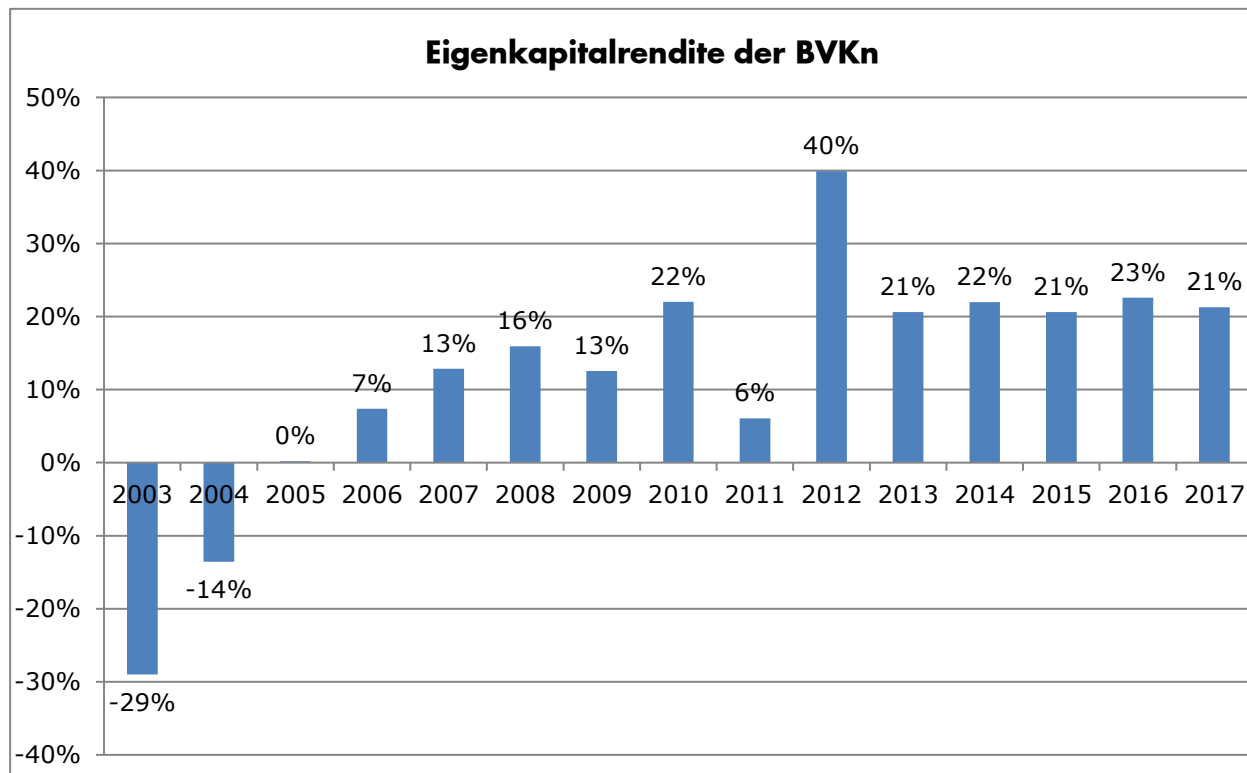


## Bilanzkennzahlen der betrieblichen Vorsorgekassen

### Steigender Trend bei der Eigenkapitalrendite

Unter der Eigenkapitalrentabilität versteht man das Verhältnis zwischen dem Jahresüberschuss und dem eingesetzten Eigenkapital. Damit wird die Verzinsung des Eigenkapitals zum Ausdruck gebracht.

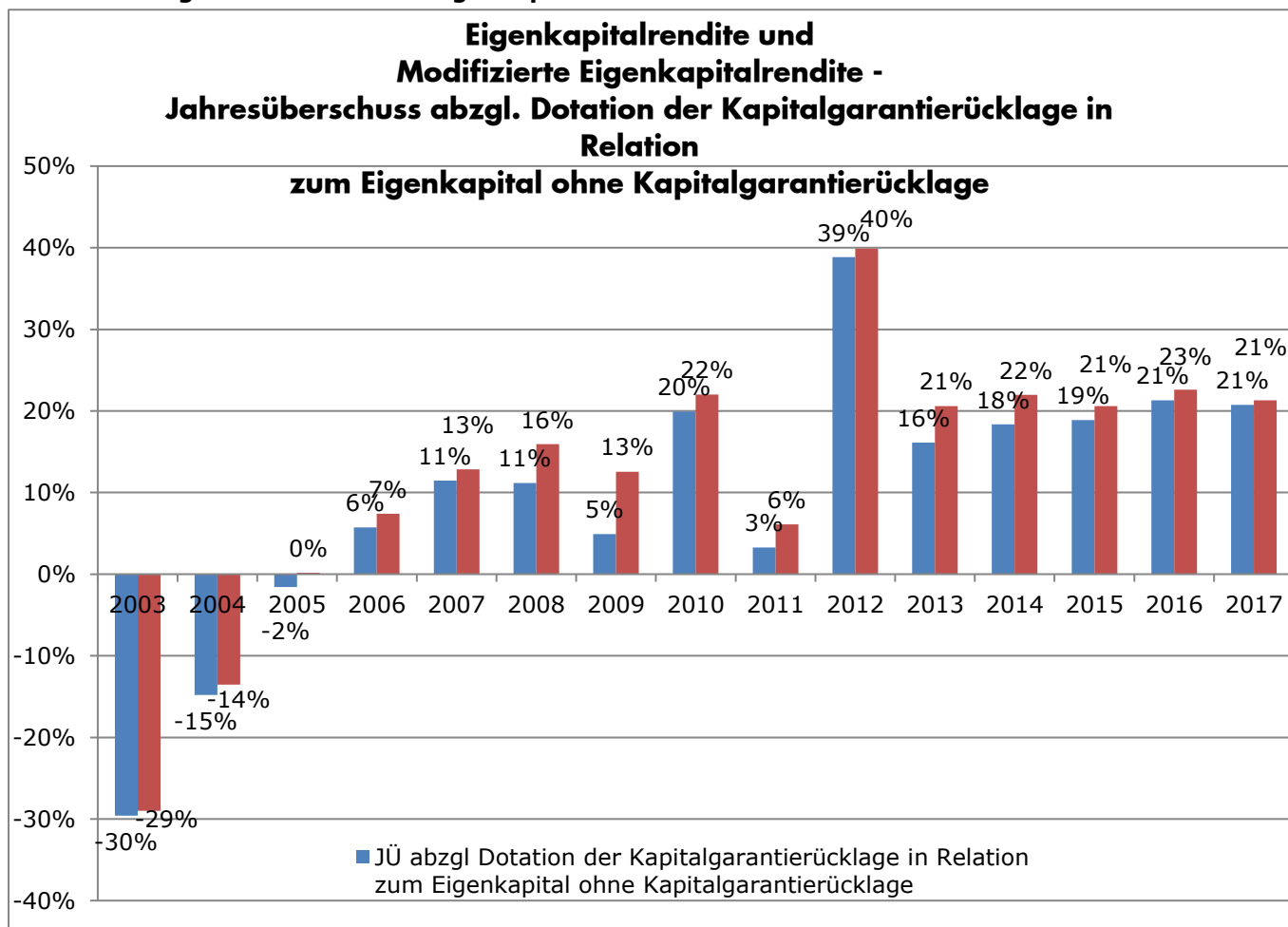
**Abbildung 18 – Eigenkapitalrendite**



Aufgrund der guten Ertragslage weist auch die Eigenkapitalrentabilität seit Beginn einen steigenden Trend auf. Seit 2010 liegt sie konstant bei knapp über 20 %. (2011 und 2012 sind wieder gesondert zu interpretieren: Der hohe Wert 2012 und der niedrige 2011 ist auf die Nachverrechnung der Verwaltungskosten 2012 zurückzuführen, die 2011 nicht möglich war, weil die Veranlagungserträge dafür zu gering waren.)

Da aus dem Jahresüberschuss auch die Kapitalgarantierrücklage dotiert werden muss, wurde eine modifizierte Eigenkapitalrendite berechnet. Bei dieser wird der um die Dotation der Kapitalgarantierrücklage bereinigte Jahresüberschuss dem Eigenkapital ohne die Kapitalgarantierrücklage gegenübergestellt. Die modifizierte Eigenkapitalrendite liegt 2017 mit 21 % nur leicht über der üblichen.

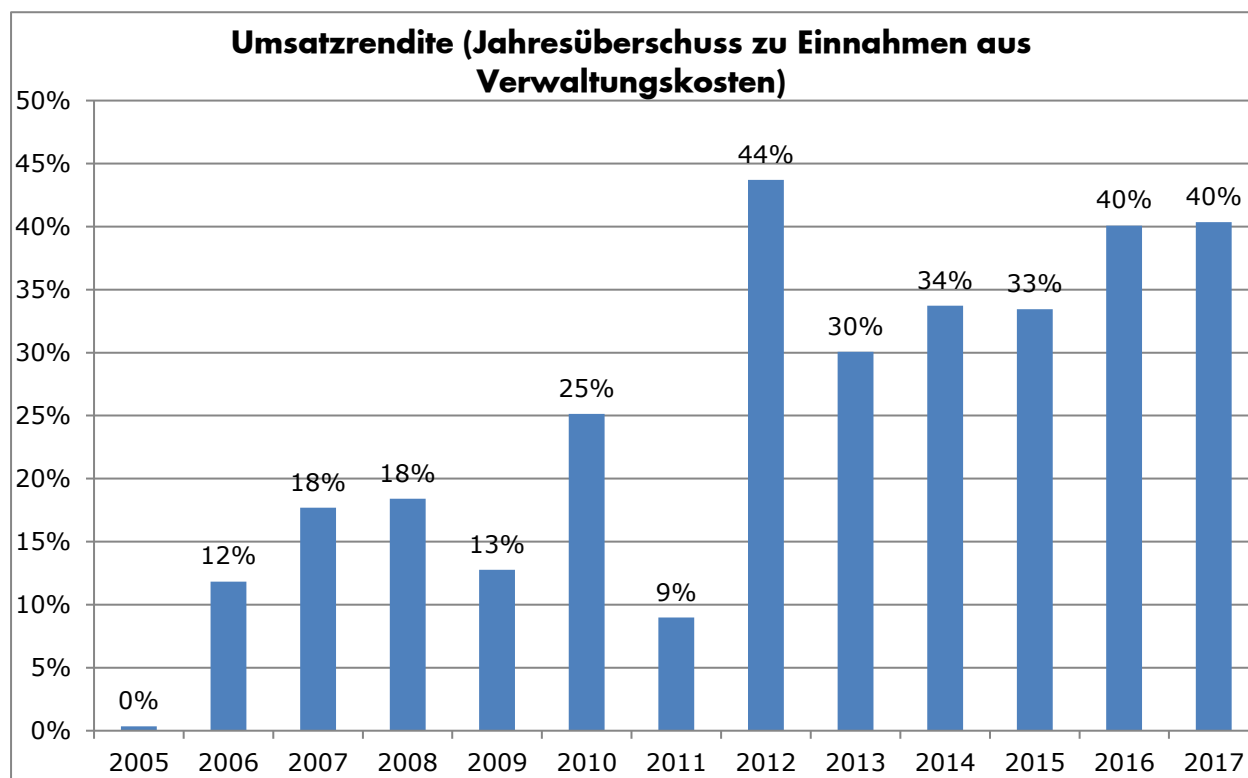
**Abbildung 19 - Modifizierte Eigenkapitalrendite**



### Deutliche Steigerung bei der Umsatzrendite

Umsatzrentabilität: Im Rahmen dieser Berechnung wird der Jahresüberschuss in Beziehung zu den Einnahmen aus Verwaltungskosten gesetzt. Durch diese Kennzahl soll ausgedrückt werden, wie hoch der Anteil des Gewinns pro EUR 100,- Einnahmen liegt.

**Abbildung 20 – Umsatzrendite**



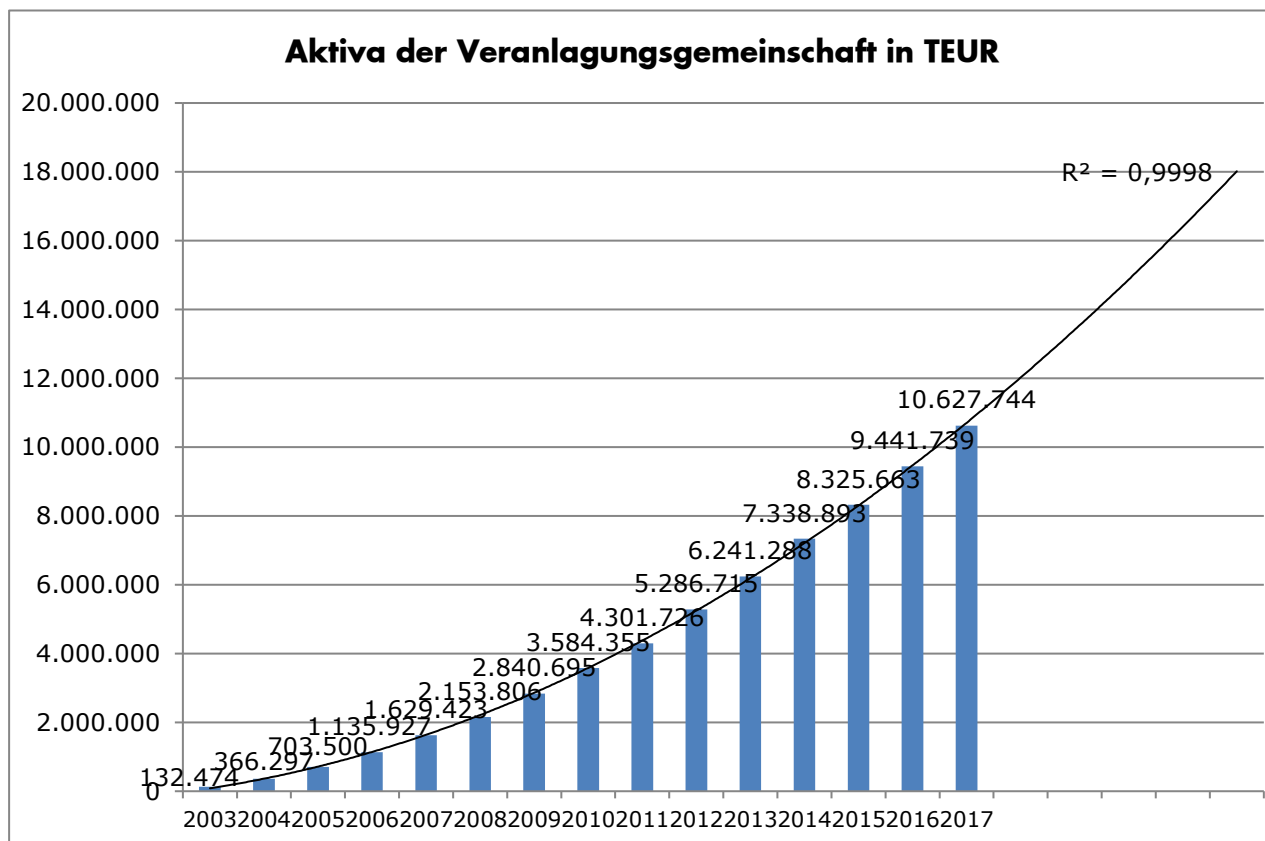
Die Umsatzrentabilität ist seit 2005 positiv und lag in den letzten Jahren bei über 30 %. 2017 sind den BVKn im Durchschnitt 40 % ihrer Einnahmen verblieben. Pro EUR 100,- Einnahmen wurde ein Gewinn von EUR 40,- erwirtschaftet.



**Szenario zur Entwicklung des in den BVKn verwalteten Vermögens**

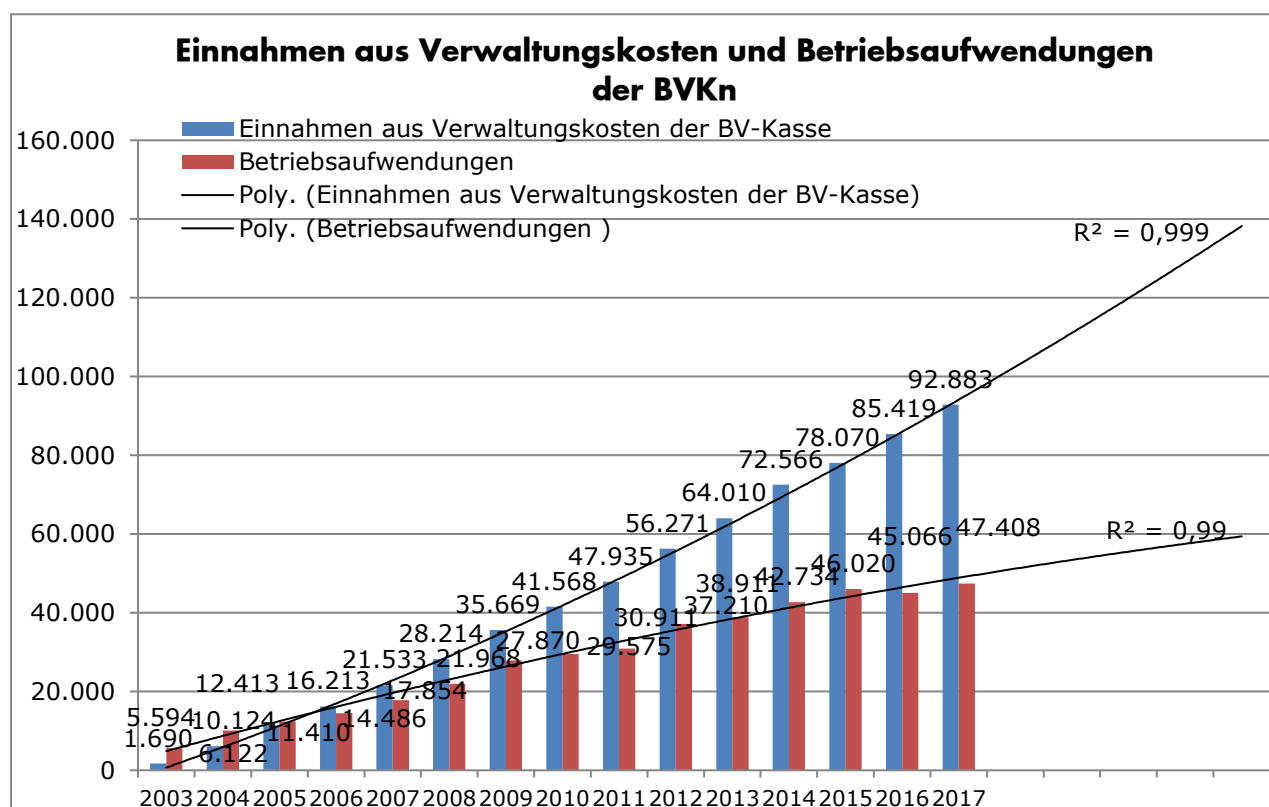
Die BVKn verwalteten 2017 ein Vermögen von EUR 10,6 Mrd. In der Grafik ist die Entwicklung des Vermögens der Veranlagungsgemeinschaften seit 2003 ersichtlich.

**Abbildung 21 - Verwaltetes Vermögen in den BVKn**



Die durchschnittlichen Vermögensverwaltungskosten der BVK – gewichtet nach Anteilen am Gesamtvermögen – betragen knapp 0,67 % p.a. des Vermögens. Diese liegen auf Basis des Vermögens 2017 bei EUR 71 Mio. Bei EUR 15 Mrd. verwaltetem Vermögen würden die Kassen Einnahmen aus Vermögensverwaltungskosten von über EUR 100 Mio. erzielen. Hinzu kämen Einnahmen aus den Verwaltungskosten auf die laufenden Beiträge. So hohe Einnahmen sind nicht notwendig, um das System administrieren zu können.

**Abbildung 22 – Mögliche Entwicklung der Einnahmen und Betriebsaufwendungen<sup>2</sup>**



Der Markt der Vorsorgekassen wies lange, aufgrund der konstanten Anbieteranzahl, Eigenschaften eines oligopolistischen Marktes mit Preisstarrheit auf. Einen Wettbewerb bei den Konditionen gab es zunächst 2002 in der Phase der Marktaufteilung. Durch das Auftreten eines neuen Anbieters und vermehrte Wechsel haben einige Kassen ihre Kosten auf die laufenden Beiträge gesenkt.

Es wäre für die Anwartschaftsberechtigten wünschenswert, wenn die Kassen auch die Vermögensverwaltungskosten senken würden, da diese mit 0,67 % nach wie vor sehr hoch sind.

<sup>2</sup> Die Gesamteinnahmen in den Jahren 2011 und 2012 wurden auf die beiden Jahre aufgeteilt (im Verhältnis 46 % zu 54 %), in Wirklichkeit wurden die Kosten aus dem Jahr 2011 erst 2012 nachgerechnet. Für eine Trendsimulation hätte diese Verbuchung aber zu einem zu starken Anstieg der Einnahmen aus Verwaltungskosten geführt.

## Vergleich Vorsorgekassen und Pensionskassen

Vorsorgekassen und Pensionskassen weisen einige Gemeinsamkeiten auf: Sie dienen der externen Verwaltung und Veranlagung von Leistungen, die früher Arbeitgeber selbst erbracht haben, seien es die direkten Leistungszusagen bei den Betriebspensionen oder die Zahlung der alten Abfertigung durch den Arbeitgeber bei gewissen Beendigungen von Dienstverhältnissen. Beide sind außerdem Sonderinstitute, die jeweils ein einziges Geschäftsfeld haben dürfen (Betriebspensionen bzw. Abfertigungszahlungen). Zu den weiteren Gemeinsamkeiten gehören in vielen Fällen die Eigentümer. So gibt es bei sowohl eine APK, Allianz, Bonus, Valida, VBV und bis 2016 Victoria Vorsorgekasse als auch eine Pensionskasse. Beide funktionieren nach dem Prinzip der kollektiven kapitalgedeckten Vorsorge, wonach jeweils die Belegschaft eines Betriebes gemeinsam bei derselben Kasse verwaltet wird.

Aber während Vorsorgekassen auf einem gesetzlichen Obligatorium beruhen und gesetzlich vordefinierte Leistungen in Form von Einmalzahlungen erbringen, beruhen Pensionskassenlösungen meist auf Betriebsvereinbarungen, wobei die Leistungen in einem relativ großen gesetzlichen Spielraum in der Betriebsvereinbarung festgelegt werden. Während die Vorsorgekassen die Beiträge, über die Krankenkassen erhalten, müssen die Pensionskassen das Inkasso selbst durchführen. Das Produkt der Pensionskassen ist weitaus aufwändiger, weil diese keine Einmalzahlungen erbringen, sondern lebenslange Renten, es müssen daher auf Basis versicherungsmathematischer Grundlagen Verrrentungen vorgenommen werden und dabei sind die Regelungen des Beitrags- und Leistungsrechts von Betrieb zu Betrieb anders. Im Gegensatz zu Vorsorgekassen haben Pensionskassen auch unterschiedliche Veranlagungsstile. Die überbetrieblichen Pensionskassen haben meist viele verschiedene Veranlagungs- und Risikogemeinschaften. Die Vorsorgekassen haben (mit einer Ausnahme) nur eine Veranlagungsgemeinschaft. Die Vorsorgekassen müssen im Gegensatz zu den Pensionskassen eine Nominalkapitalgarantie einhalten und veranlagen deswegen, und wegen der oft kürzeren Liegedauer, deutlich risikoaverser mit geringeren Aktienanteilen und einer kürzeren Duration.

Während also das Produkt der Pensionskassen relativ aufwändig ist, fällt auf, dass die verrechneten Kosten von Pensionskassen weit geringer sind. So belaufen sich Vermögensverwaltungskosten von Pensionskassen meist im Bereich von 0,1 % bis 0,25 %, während diese bei Vorsorgekassen oft 0,7 % betragen. Dementsprechend sind die Kennzahlen der Profitabilität für die Eigentümer bei den Vorsorgekassen sehr deutlich höher als bei den Pensionskassen.

Wie der Vergleich zeigt, sind die Vorsorgekassen deutlich profitabler als die Pensionskassen und es gibt erhebliches Potenzial zur Kostensenkung, das sich dann in höheren Nettoerträgen für die Anwartschaftsberechtigten auswirken könnte.

<b>Daten 2017</b>	<b>Vorsorgekassen</b>	<b>Überbetriebliche Pensionskassen</b>
Deckungsgrad der Aufwendungen	195,9 %	147 % <sup>3</sup>
Eigenkapitalrendite	21,3 %	7,7 %
Modifizierte Eigenkapitalrendite <sup>4</sup>	20,7%	9,3 %
Umsatzrendite	40 %	33 %
Ausschüttungsquote	38 %	8 %
Kosten zu Veranlagungserträge	34 % (2016: 36%)	6,1% (2016: 9,3 %)
Alle Verwaltungskosten in Relation zum verwalteten Vermögen (Aktiva der VRG/VG)	6,9 %	0,36 %

<sup>3</sup> Deckungsgrad der Aufwendungen und der Verwaltungskostenrückstellung inklusive Saldo sonstige Erträge und Aufwendungen

<sup>4</sup> Vorsorgekassen: Bereinigung um Dotation der Kapitalgarantierrücklage und des Eigenkapitals um die Kapitalgarantierrücklage, Pensionskassen: Bereinigung um Mindestertragsrücklage und deren Dotation

## **Forderungen**

Die Reform der Abfertigung im Jahr 2003 war ein sozialpolitischer Fortschritt. Das System bezieht auch Beschäftigte mit kurzen Dienstverhältnissen ein und sichert einen unverfallbaren Anspruch auch im Fall der Kündigung durch den/die ArbeitnehmerIn. Durch die Auszahlungsmöglichkeit bei einvernehmlicher Beendigung und Arbeitgeberkündigung erhält die Abfertigung den Charakter einer Überbrückungszahlung. Seit 2008 wurden auch freie DienstnehmerInnen und Gewerbetreibende in das obligatorische System einbezogen.

Die Reform der Abfertigung hat also zwei wichtige sozialpolitische Zielsetzungen erfüllt: Nahezu alle ArbeitnehmerInnen wurden in das System einbezogen und die Mobilität der ArbeitnehmerInnen wurde erhöht. Auch die Lösung der Auszahlung vom Arbeitgeber hat sich bewährt.

Der konkrete Durchführungsweg über gewinnorientierte Vorsorgekassen sollte aber reformiert werden. Die Kassen bieten für die meisten Betroffenen eine Beitragsrendite unter der Inflationsrate. Grund dafür sind nicht nur moderate Veranlagungserträge, diese sind angesichts des Zinsniveaus und der begrenzten Risikotragfähigkeit unvermeidbar. Hinzu kommt aber die hohe Belastung der Beiträge und des veranlagten Volumens mit Kosten. Bei vielen, insbesondere kürzeren, Dienstverhältnissen gibt es keine positive effektive Verzinsung der Beiträge. Die Ansprüche entsprechen in den ersten Jahren eines Dienstverhältnisses lediglich der garantierten Summe der eingezahlten Beiträge, denn die Veranlagungserträge übersteigen nicht die vorab verrechneten Verwaltungskosten. Somit ergibt sich unter Berücksichtigung der Inflation eine negative Realverzinsung.

Die Veranlagungserträge in den Veranlagungsgemeinschaften betragen 2003 bis 2017 über EUR 1,744 Mrd., die Verwaltungskosten, die den Veranlagungsgemeinschaften in Abzug gebracht werden, summierten sich im selben Zeitraum auf EUR 676 Mio. D.h. bislang erreichten die verrechneten Kosten kumuliert 39 % der Erträge. Die Relation von (Brutto-)Veranlagungserträgen zu den verrechneten Kosten hängt im Wesentlichen vom Veranlagungsergebnis ab, da die Kosten vertraglich fixiert sind, und lag in den meisten Jahren bei über 30 % (2017 bei 34 %).

Das System hat einen sehr hohen Verwaltungsaufwand und geringe Nettoerndite. Da es sich um ein Obligatorium mit hohen Kosten handelt, generiert das System „automatische“ Gewinne für die Vorsorgekassen. Die durchschnittliche Eigenkapitalrendite betrug 2017 21 %. Es ist davon auszugehen, dass diese auf hohem Niveau bleiben wird, da es zwischen den Kassen noch keinen besonders intensiven Kostenwettbewerb gibt. Seit 2006 liegen in der Gesamtbranche die Einnahmen aus verrechneten Verwaltungskosten über den Betriebsaufwendungen. 2017 lagen die Einnahmen um 95 % über den Betriebsaufwendungen. Die Einnahmen aus verrechneten Verwaltungskosten steigen auch stärker an, als die Betriebsaufwendungen, was sich in einer laufend besseren Ertragslage manifestiert. 2017 erwirtschafteten alle Kassen einen positiven Jahresüberschuss. Die Ausschüttungsquote der Branche lag 2017 bei 38 %. Neben Dividenden werden die Jahresüberschüsse auch zur Dotation der Kapitalgarantierrücklage verwendet. 2017 wurden 38 % der Jahresüberschüsse in diese zweckgewidmete Rücklage gestellt. Die Kapitalgarantierrücklage nähert nun rascher ihrem Sollwert von 1 % der Abfertigungsanwartschaften an. Lagen die Rücklagen insgesamt 2012 bei 28 % des Sollwerts, so lagen sie 2017 bei 61 %. Bislang lag die Dotation in allen Jahren über den Entnahmen.

AK und ÖGB fordern eine Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen, um eine kostengünstige Administration der „Abfertigung neu“ zu ermöglichen. Durch gesetzliche Bestimmungen soll sichergestellt werden, dass von Effizienzverbesserungen bei einer Reform des Systems auch die Anwartschaftsberechtigten profitieren.

Gegenwärtig können einzelne ArbeitnehmerInnen bei mehreren Vorsorgekassen Konten haben, wenn sie ihr Dienstverhältnis wechseln. Eine Zusammenlegung der Konten bei der jeweiligen BVK des aktuellen Dienstgebers würde für die Anwartschaftsberechtigten mehr Übersichtlichkeit bringen und den administrativen Aufwand des Systems reduzieren.

Aus Sicht der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen ist eine Herabsetzung der gesetzlichen Obergrenzen für die Verrechnung von Verwaltungskosten durch die Abfertigungskassen („Betriebliche Vorsorgekassen“) notwendig. Sinnvoll wäre eine schrittweise Reduktion der höchsten gesetzlich zulässigen Vermögensverwaltungskosten auf 0,5 %. Dies wäre eine Weiterführung der vorhandenen Bestimmung des § 26 Abs 3 BMSVG, die die Vermögensverwaltungskosten vor 2005 mit 1 % und ab 2005 mit 0,8 % begrenzt hat. Der Markt wächst durch ein gesetzliches Obligatorium auch ohne Zutun der BVK, was eine Begrenzung der Kosten rechtfertigt.

Außerdem bedarf es auch mehr Transparenz bei den Kosten der eingesetzten Veranlagungsprodukte durch die verpflichtende Ausweisung der Gesamtkostenquote (Total Expense Ratio), die durch den Wirtschaftsprüfer zu verifizieren wäre. Dies entspricht einer Bestimmung die seit 2013 bei den Pensionskassen in Kraft ist.

Im § 19 Abs 5a des PKG sind die Pensionskassen verpflichtet auf Anfrage eine „Kennzahl für die Gesamtkostenquote in der Form, dass alle Kosten, die durch die Pensionskasse oder Dritte dem der VRG zugeordneten Vermögen angelastet werden, als Prozentsatz bezogen auf das der VRG zugeordnete Vermögen“ den Berechtigten mitzuteilen.

Da auch die meisten BVK ein Naheverhältnis zu Banken und Versicherungen haben und die Produkte deren Kapitalanlagegesellschaften einsetzen, wäre es sinnvoll, diese Bestimmung in das BMSVG zu übernehmen.

Die vorliegende Studie hat klar ergeben, dass die Einnahmen der Kassen aus Gebühren weitaus höher sind, als ihre real anfallenden Betriebsaufwendungen.

Weiters wurde gezeigt, dass diese Differenz laufend größer wird, da die Einnahmen der Kassen aus verrechneten Gebühren laufend stärker steigen als ihr Aufwand, was zu steigenden Eigenkapitalrenditen führt.

AK und ÖGB fordern daher, dass verrechenbare Gebühren bzw. Kostensätze gesetzlich limitiert und gesenkt werden, damit die Abfertigungskassen nicht nur ein Geschäft für ihre Eigentümer sind, sondern auch eine positive Realverzinsung für die ArbeitnehmerInnen bringen.